

aspekte

**THESEN
ZUR
HOCHSCHULPOLITIK**



bewegung für sozialismus f6j
beiträge zur theorie
und strategie der linken

aspekte

BEITRÄGE ZUR THEORIE UND STRATEGIE DER LINKEN
erscheint unregelmäßig einzelpreis 10,-

nr. 59 thesen zur hochschulpolitik
diskussion: studenten und organisationsfrage
zur geschichte der föj - BfS

Inhaltsverzeichnis

EDITORIAL 1

redaktionskollektiv hochschulgruppe:

thesen zur hochschulpolitik

EINLEITUNG 2

I. ZUR STRATEGIE AN DEN HOCHSCHULEN 5

II. WELCHE FUNKTION KOMMT DER WISSENSCHAFT
IM KAPITALISMUS ZU 25

III. UNIVERSITÄT UND AUSBILDUNG 32

DISKUSSION ZUR ORGANISATIONSFRAGE 40

ZUR GESCHICHTE DER FÖJ-BfS 59

eigentümer, herausgeber, verleger und vervielfältiger:
föj - bewegung für sozialismus

redaktion: porzellangasse 33 a 1090 wien

vertrieb: belvederegasse 10 1040 wien

für den inhalt verantwortlich: alfred prandl

editorial

Mit dem Einstellen der "ASPEKTE" in alter Form und der Herausgabe der Monatszeitschrift "OFFENSIV LINKS" war beabsichtigt, ein publizistisches Organ für die unmittelbare politische Arbeit zu schaffen.

Die Diskussion offener Probleme, die in den alten ASPEKTEN nur teilweise möglich war, erfordert daher eine eigene Zeitschrift.

Die neuen ASPEKTE sollen mehreren Zielen dienen:

★ Die "Grundsätze der f6j-bewegung für Sozialismus" sollen an Hand der politischen Erfahrungen in den einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen konkretisiert werden. Es sollen Stellungnahmen und Strategievorstellungen der Organisation entwickelt werden. Dementsprechend sind für die nächste Zeit Nummern mit bestimmten Schwerpunkten geplant (z. B. Betriebs/Gewerkschaftsarbeit, Kommunalpolitik etc.)

★ Denjenigen Linken auch außerhalb unserer Organisation, die zu einer Diskussion bereit sind, die aber bisher keine Möglichkeit der Artikulation ihrer Vorstellungen und Analysen hatten, Gelegenheit für die Führung einer öffentlichen Diskussion zu geben

★ Innerhalb der Organisation soll eine breite Diskussion über sämtliche offenen Fragen begonnen werden. Marxistische Theorie bedeutet nicht ihre Vereinfachung auf eine Linie, sie setzt vielmehr ständige Diskussion und Reflexionsprozesse voraus.

REDAKTIONSKOLLEKTIV
HOCHSCHULGRUPPE

thesen zur hochschulpolitik

einleitung

Die Entwicklung von Massenuniversitäten, die Einsicht, daß Hochschulprobleme gesellschaftlich bedingt sind, die Konfrontation mit hierarchischen und feudalistisch anmutenden Universitätsstrukturen haben zu neuen Fragestellungen geführt. Ausdruck dieser Fragestellungen waren die mächtigen antiautoritären Studentenbewegungen im Westeuropa der 60er Jahre, deren Ausläufer auch in Österreich zu spüren waren.

Die machtvollen Studentenbewegungen waren aber auch der Ausdruck der Kritik an den etablierten Arbeiterparteien, die sich außerstande erwiesen haben, relevante gesellschaftliche Alternativen anzubieten, sei es daher, daß sie sich wie die Sozialdemokratie ins herrschende System integrierten, oder, wie die kommunistischen Parteien, in Bürokratien erstarrten und sich zu Apologeten jener Staaten herabwürdigten, die sich selbst als sozialistisch bezeichnen, obwohl sie wesentliche Inhalte des Sozialismus mit Füßen treten.

Die Arbeiterschaft wurde von den Studenten mit ihren Parteien identifiziert und für unfähig erklärt, gesellschaftliche Veränderungen durchzuführen. Dies mußte zwangsläufig zur Isolierung der Studenten führen.

Der Großteil der einst antiautoritären Studenten kehrte reuig als Akademiker in den bürgerlichen oder sozialdemokratischen Schoß zurück, während Minderheiten sich zum Aufbau von "authentischen" ML-Parteien entschlossen und sich damit ungeachtet ihrer soziologischen Struktur als proletarische Avantgardeorganisation betrachten. Schließlich versuchte ein Teil der damaligen Studenten Möglichkeiten zu finden, neue Organisationsformen zu entwickeln, in denen Studenten gemeinsam mit Arbeitern und Angestellten arbeiten können, ohne Führungsansprüche zu stellen. In weit weniger effektvoller Art vollzog sich diese Entwicklung auch in Österreich.

Die Ereignisse des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei (gewaltsames Abblocken der neuen Entwicklung durch die Invasion sowjetischer Truppen) führten zu einem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Tendenzen in der KPÖ. Das Umschwenken der Partei auf Moskau-Linie veranlaßte schließlich einige Gruppen zum Austritt aus der KPÖ, wobei die Intellektuellen den Kreis um das "Wiener Tagebuch" bildeten, die Gewerkschafter eine eigene Fraktion (die heutige GE) gründeten und die Jugendorganisation FÖJ (Freie Österreichische Jugend), deren Großteil die Partei verließ, als autonome Organisation weiterzubestehen versuchte.

Da nun für die Ausgetretenen die Bevormundungen der Mutter Partei fehlten, war die FÖJ gezwungen, eine eigene Identität zu finden. Obwohl in dieser Organisation kaum Studenten vorhanden waren, übte die antiautoritäre Bewegung großen Einfluß auf die Organisationsfrage und andere Fragen, wie zum Beispiel Verhältnis Reform und Revolution, Stellung zu den Übergangsgesellschaften, Parlamentarismus usw., aus.

Auf Grund ihrer sozialen Herkunft, ihrer unmittelbaren Erfahrung im Ausbildungsprozeß und ihrer zukünftigen Berufsperspektive ergeben sich für einen kleinen Teil der Studenten die Möglichkeiten, unmittelbar Teil der gesellschaftlich herrschenden Klasse zu werden. Der weitaus größte Teil hat noch Illusionen, ebenfalls Elite zu werden. Diese Studenten werden erkennen müssen, daß sie in Zukunft bestenfalls einer zwar derzeit noch privilegierten Schicht der Lohnabhängigen angehören oder zu Handlangern der Herrschenden herabgewürdigt werden. Diese unterschiedliche Situation der Studenten zeigt, wie sinnlos es ist, von einheitlichen Studenteninteressen zu schwärmen, was der Ausgangspunkt tradeunionistischer

Studentenpolitik ist. Die Klassenteilung der Gesellschaft wird darin spiegelt sich auch in der Struktur der Studentenschaft. Sie zeigt aber auch die Haltlosigkeit jener Vorstellungen, die von allen Studenten Klassenverrat verlangt, obwohl die Klasseninteressen des Proletariats für einen Großteil der Studenten nach ihrem Studium und damit auch während ihres Studiums ihren Interessen entsprechen.

Die Thesen haben das Ziel, einen Beitrag in der Diskussion der undogmatischen Linken zu leisten. Sie sind nur ein vorläufiges Ergebnis, deren Mängel und Widersprüchlichkeiten wir uns bewußt sind. Die komplizierte Sprache ist nur ein Zeichen dafür, eigene Unklarheiten verbergen zu wollen. Auch ist mit den Thesen sicherlich nicht die Vermittlung zwischen allgemeinen Erkenntnissen und konkreten Vorgangsweisen gelungen.

Wir glauben aber dennoch, daß dieser Diskussionsentwurf größere Öffentlichkeit erreichen sollte, weil er trotz seiner Unvollkommenheit einen Anfang zu breiteren Diskussionen liefern soll.

Unser erklärtes Ziel ist es, daß die gesamte undogmatische Linke an der Universität zu einem sich organisatorisch niederschlagenden Selbstverständnis kommt. Wir haben die Thesen nicht geschrieben, um uns ab jetzt pausenlos mit MLS, GRM, VSStÖ, VMS, ÖBL und wer sonst noch an der Hochschule die richtige Linie vom Seminarraum bis zum Zentralaus-schluß ziehen will, zu streiten. Wir haben sie vor allem deswegen geschrieben, um unsere Arbeit zu koordinieren und auf die Einheit der Linken in Hochschulfragen hinzuarbeiten. Wir haben sie geschrieben, damit eines Tages bessere Thesen geschrieben werden.

I. zur strategie an den hochschulen

1.1.

AUSGANGSLAGE LINKER POLITIK AN DEN HOCHSCHULEN

Studenten sind keine einheitliche Schicht. Nur Teile der Intelligenz können auf Grund ihrer konkreten Situation antikapitalistisches Bewußtsein entwickeln. Es kann keineswegs direkt kurzschlüssig von der zukünftigen Klassenlage das politische Bewußtsein abgeleitet werden. Die Klassenherkunft, alteingesessene Vorurteile und elitäres Bewußtsein, das zum Teil durch die Studiensituation und die gesellschaftliche Situation (Sozialisation etc.) noch gefördert wird, bewirken bei der Mehrheit der österreichischen Studenten völlige Passivität, sei es eine widersprüchliche Akzeptierung der Situation oder Resignation. Oft wird versucht, die tatsächlich erfahrenen Probleme als persönliche zu lösen (Lerntechnikurse, psychologische Beratung). Bei den Studenten, die sich aktiv mit ihrer Situation auseinandersetzen, lassen sich dagegen zwei Kampfziele unterscheiden:

- o Ein Teil von ihnen kämpft gegen Maßnahmen der herrschenden Klasse an den Universitäten, um heute die Privilegien der Studenten, morgen die der berufstätigen Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse zu erhalten (z.B. "Für kostenlose Netzkarten nur für Studenten" oder "Für steuerfreie Feriarbeit").
- o Erst ein kleiner Teil erkannte, daß die Probleme auf den Universitäten mit einer bloß auf Hochschulen bezogenen Politik nicht lösbar sind, daß sie vielmehr grundlegende gesellschaftliche Veränderungen voraussetzen. Diese antikapitalistische Ausrichtung des Kampfes gilt es aufzugreifen.

Eine Politik, die die zukünftige Konfrontation mit dem Kapital in der Berufswirklichkeit nur verbal beinhaltet, also ein Konzept, das nur auf Kaderrekrutierung an den Universitäten abzielt, führt dazu, daß nur eine verschwindend geringe Minderheit der Studenten dauerhaft für den "harten Kern" der eigenen Organisation politisiert wird, während der überwiegende Teil nach Abschluß der Ausbildung reprivatisiert.

1. 2.

ZUM STAND DER LINKEN BEWEGUNG AN DER UNIVERSITÄT

Aus unseren bisherigen theoretischen Einschätzungen und praktischen Erfahrungen lassen sich nur einige sehr allgemeine Schlußfolgerungen ableiten, die zwei Standpunkte von vornherein ausschließen:

- o Die pseudogewerkschaftliche Orientierung (VSSÖ, KSV), die ein gegen das Kapital gerichtetes studentisches Gesamtinteresse annimmt. In der konsequenten Vertretung studentischer Interessen läge nach dieser Auffassung schon gleichsam automatisch der Schlüssel zu einer antikapitalistischen studentischen Massenbewegung, deren Bündnis mit der Arbeiterklasse über das Parteibuch herstellbar wäre. Diese Politik besteht hauptsächlich im Austüfteln alternativer Konzepte in allen Teilfragen der Hochschulorganisation, wobei das Hauptbemühen darin besteht, sich als die konsequenteste Standesorganisation gegenüber den diversen bürgerlichen HS-Organisationen zu profilieren. Dahinter steckt die Illusion, daß die bürgerliche Universität grundsätzlich veränderbar wäre,

ohne wesentliche Einbrüche in das Gesellschaftssystem. Parallel dazu versuchen KSV und VSStÖ die anderen linken Organisationen als "chaotisch" abzutun, um den eigenen Führungsanspruch zur Geltung bringen zu können.

Demgegenüber meinen wir, daß sich auch bei den Studenten die Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft widerspiegelt und deshalb nicht die Interessen der Studenten schlechthin vertretbar sind, sondern nur diejenigen, die die Studenten nicht noch stärker begünstigen.

- o Weiters die Ausrichtung, die in der Hochschulpolitik im wesentlichen nur ein Mittel zur Gewinnung von Kadern sieht, was im eingeschränkten Politikverständnis seiner Träger nichts anderes heißt, als die Rekrutierung für die eigene Parteiaufbauorganisation (GRM, MLS). Im Gegensatz zur GRM betreibt die MLS eine spezifisch studentische Politik. In ihrer Vorgangsweise äußert sich jedoch ein Widerspruch zwischen dem Anspruch, Politik im Interesse des Proletariats zu betreiben und der Notwendigkeit, sich (zwecks Kaderrekrutierung) an den studentischen Interessen zu orientieren, was ständige Schwenks ihrer Politik zur Folge hat.

Gegenüber diesem Punkt der Kaderrekrutierung kommt es für uns darauf an, jene spezifischen Widersprüche an den Hochschulen aufzugreifen, die gegen das Kapital richtbar sind. Die Gemeinsamkeit mit der Arbeitklasse kann sich nur durch die Wahrnehmung und praktische Verwirklichung gemeinsamer Interessen entwickeln, und nicht durch verbale Bezüge.

1.3.

STELLUNG DER LINKEN ZUR ÖH

Das Konzept von KSV und VSStÖ "für eine demokratische Hochschule" geht davon aus, möglichst viele - wenn auch noch so kleine - Vorteile für die Studenten unter Ausnutzung der Gremien im Rahmen der Hochschulbürokratie herauszuschinden. Für VSStÖ und KSV steht weniger die Kritik an einer ständischen "Körperschaft öffentlichen Rechts", wie sie die ÖH darstellt, auf dem Programm als "ein neues Kräfteverhältnis in der ÖH, um sie zu einem Kampfinstrument der Interessen der Mehrheit der Studenten und der arbeitenden Bevölkerung zu machen"(KSV in seiner Wahlbroschüre: "Dem Hochschulkampf Nachdruck verleihen: mit der

Arbeiterklasse verbünden, 1973), bzw.: "Diese Kontrollmöglichkeiten sollten aber nicht ungenutzt bleiben... die Bedingung dafür ist: Stärkung der Linken an der Uni, d. h.: Unterstützt den VSStÖ bzw. fortschrittliche Listen im ZA (Zentralausschuß), HA (Hauptausschuß) und Fakultäten." (VSStÖ in 'rotpress', 1/74).

MLS und GRM sehen solche Möglichkeiten in keiner Weise gegeben, sie sehen es als wichtigste Aufgabe im Rahmen solcher Gremien, diese als notwendigen Bastard der technokratischen Hochschulreform zu entlarven, und zwar durch eine Taktik, die die Gremien so weit als möglich lahm legt. Es geht diesen Gruppen ausschließlich um die Propagandamöglichkeiten, die die Wahlkampagne bzw. die ÖH selbst bietet: "Wir lehnen von vornherein eine konstruktive Mitarbeit in den ÖH-Gremien ab." (Erklärung der GRM anlässlich der ÖH-Wahl 1974) bzw.: "Die Kommunisten (hier: die MLS) werden die ÖH als Tribüne des Klassenkampfes benutzen." (KHZ, Sondernummer 1974).

Grundsätzlich stimmen wir mit den Einschätzungen der GRM und zum größten Teil auch mit denen der MLS bezüglich der ÖH überein.

Die ÖH als Körperschaft öffentlichen Rechts ist letztlich den Entscheidungen des Ministeriums unterworfen, sie kann allein von ihrer gesetzlichen Lage aus nie eine (gegenüber dem Staat) autonome Interessensvertretung der Mehrheit der Studenten sein.

Auch zeigt sich von Wahl zu Wahl und durch die geringe Resonanz auf ihre Initiativen, daß die ÖH im Bewußtsein der Studenten eine geringe Rolle spielt. Dies ist zurückzuführen auf die völlige Abgehobenheit politischer Entscheidungsprozesse von der studentischen Öffentlichkeit – fast sämtliche politische Aktivitäten des ZA (Zentralausschuß) oder des HA (Hauptausschuß) beschränken sich auf Intrigenspiel, Postenschacher oder Ansätze ständischer Interessensvertretung. Selbst dort, wo die ÖH vorgibt, tatsächlich den Studenten entgegenzukommen, nämlich bei ihren lerntechnischen, sozialen und kulturellen Serviceleistungen, versagt sie völlig. Da auch eine linke Mehrheit in diesem vorgegebenen Rahmen der ÖH keine grundsätzlich Änderung hervorrufen und selbst nur über die Köpfe der Studenten hinweg stellvertretende Politik machen könnte, halten wir eine sozialistische Hochschulpolitik für richtiger, die ausgeht von der Basis, vom Institut, von der Fakultät oder Studienrichtung, die den unmittelbaren Erfahrungsbereich der Studenten bilden.

Eine Studentenvertretung als Alternative zur ÖH wäre für uns nur dann von Bedeutung, wenn

1. in regelmäßig stattfindenden Hörerversammlungen auf allen Ebe-

nen der Uni die Studentenvertreter gewählt und abgewählt werden könnten und

2. die Politik (Finanzen u. a. m.) dort öffentlich kontrolliert und entschieden werden könnte.

1.4.

FÜR EINE SOLIDARISCHE STRATEGIEDISKUSSION

Die Unterschiede in hochschulpolitischen Strategievorstellungen hängen eng mit unterschiedlichen Auffassungen über den Weg zum Sozialismus zusammen.

Doch sind die theoretischen Einschätzungen zum Ausbildungssektor, zur Klassenlage der Intelligenz und weiter globalpolitische Konzepte nicht unmittelbar in hochschulpolitische Strategie übersetzbar. Dazu enthalten sie noch zuwenig Erfahrungsmomente aus der politischen Praxis. Unterschiedliche Forderungen zur Hochschulpolitik sind noch lange nicht Nachweis irgendwelcher fehlerhafter dahinterliegender Konzeptionen. Es kommt auch häufig in verschiedenen Fragen und auch in der gesamten hochschulpolitischen Linie zu schwankenden Positionen innerhalb der Linken (vergleiche z. B. deren Reaktionen auf die Erhöhung der Mensapreise).

Was wir hier kritisieren sind nicht die Schwankungen und damit die Unsicherheit – diese ist nur der Ausdruck mangelnder Erfahrungen der jungen linken Bewegung an den österreichischen Hochschulen – sondern das dogmatische Verschleiern dieser Unsicherheit – verbunden mit dem Anspruch, der zu einem bestimmten Zeitpunkt von der eigenen Organisation vertretene Standpunkt sei generell der richtige. Dieses Verhalten unterbindet jede solidarische Strategiediskussion in der Linken und verschlechtert damit ihre ohnehin schlechten Ausgangsbedingungen.

Auf der Ebene der Forderungen zeigt sich, daß sich die linken Hochschulorganisationen in den meisten Fragen weitaus näher stehen als jede einzelne von ihnen den bürgerlichen Studentenorganisationen gegenüber. Es ist nun tatsächlich nicht einzusehen, warum bis heute ein koordiniertes Vorgehen der linken Gruppen etwa gegen die technokratische Hochschulreform nicht möglich war, was schließlich dazu geführt hat, daß die meisten Studenten vom innerlinken Hick-Hack weitaus frustrierter sind als von den Auswirkungen der Hochschulreform.

Alle linken Organisationen waren sich darüber einig, daß die Hochschulreform:

- o weder im Sinn eines Großteils der Studenten noch der Arbeiter und Angestellten durchgeführt wurde,
- o zu einer Verschärfung des Prüfungsdrucks und überhaupt der Studienbedingungen führte,
- o das Studium bloß nach kapitalistischen Kriterien strafft und verschult,
- o den Interessen des Kapitals entspricht, ohne aber dadurch die Vormachtstellung der reaktionären Professoren einzuschränken.

Trotz dieser grundlegenden Übereinstimmungen gelang es nicht, ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Das Resultat ist nun, daß die Linke in einer Frage, in der sie offensiv hätte vorgehen können, in Abwartpositionen gedrängt war. Wir wollen denjenigen linken Strömungen, die vom ständigen elitären Profilierungszwang die Nase voll haben, eine Gelegenheit bieten, in einer Öffentlichkeit ihre Vorstellungen einer emanzipatorischen Praxis zum Ausdruck zu bringen. Die bedeutenden Gegensätze in fast allen Fragen zwischen den diversen linken Gruppen können nur in unvoreingenommenen ideologischen Diskussionen und gemeinsamen politischen Aktionen einer Überprüfung unterzogen werden. Uns geht es nicht um eine Einigung auf kleinstem gemeinsamen Nenner, sondern um eine offene Infrastruktur, in der fruchtbringende Auseinandersetzungen stattfinden können mit dem Ziel einer gemeinsamen politischen Praxis (im Gegensatz zum heutigen Abgrenzungswahn).

1. 5.

HOCHSCHULPOLITIK ODER POLITIK AN DEN HOCHSCHULEN

Wir als linke Studenten sollten dort politisch tätig sein, wo wir unseren Wirkungsbereich haben, eben an der Universität. Wir können so in unsere politische Tätigkeit die eigenen Interessen miteinbringen.

Breite Teile der Intelligenz gehen in ihren Berufen ein Lohnverhältnis ein. Die Privilegierung, die sie hinsichtlich ihrer Stellung in der Berufshierarchie und hinsichtlich des Entfremdungscharakters ihrer Arbeit innehaben, wird zunehmend abgebaut. Dies bleibt natürlich nicht ohne Rückwirkung auf die Studiensituation, deren Freiräume immer stärker verringert werden.

Durch diesen Wandel rückten die Kämpfe der Studentenbewegung oft

näher zu den Auseinandersetzungen anderer gesellschaftlicher Gruppierungen. Manchmal hatten sie eine Auslösefunktion für umfassende gesellschaftliche Erschütterungen (Pariser Mai '68). Die Solidaritätsbewegungen mit der Dritten Welt in den Metropolen hat viel den Aktionen der Studenten zu verdanken. Bürgerliche Werte wurden im Verlaufe der studentischen antiautoritären Phase radikal in Frage gestellt. So wurde den Diskussionen um alternative Lebensformen (Wohngemeinschaften, Gegenkultur) größere Öffentlichkeit geschaffen.

Inflation, kapitalistischer Städtebau, Wohnsituation etc. beeinflussen in vermehrtem Ausmaß das Leben der Studenten in negativer Hinsicht. Die in diesen Bereichen auftretenden Belastungen ermöglichen ein gemeinsames Vorgehen der Studenten mit der Arbeiterschaft.

1.6.

STUDENTEN- EINE ÜBERGANGSSCHICHT

Die sozioökonomische Stellung der Studenten ist gekennzeichnet durch drei Elemente:

- o KLASSENHERKUNFT
- o BEDINGUNGEN DES STUDIUMS
- o KLASSENZUKUNFT

Während das erste Merkmal wesentlich ist für die privilegierte Situation, in der sich die meisten Studenten befinden, sind die beiden anderen Elemente wesentlich für die Herausbildung fortschrittlichen Bewußtseins.

Die Trennung von der Herkunftsfamilie und die Verschärfung der Studienbedingungen prägen entscheidend die Studiensituation. Die Klassenzukunft bedeutet für einen Teil der Studenten teils deren Integration in die Arbeiterklasse (freilich als privilegierte Schicht in ihr), teils ein enges Heranrücken an die Arbeiterklasse. Insoweit sind die materiellen Voraussetzungen für den gemeinsamen Kampf gegeben.

1.7.

STUDIENINHALTE UND BERUFSPRAXIS

In der bürgerlichen Wissenschaft zeigen sich die Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen Systems in einer doppelten Weise: Einmal immanent

in ihrer Wissenschaftstheorie selbst, die den Anspruch der Wertfreiheit nicht einlösen kann und ihrer Scheinobjektivität entkleidbar ist, zum anderen in der Anwendung der Wissenschaft, die nicht im Interesse der großen Mehrheit der Bevölkerung steht. Studenten können nun und dann später am Arbeitsplatz direkt durch Überwindung alter Standesdünkel die Voraussetzungen für ein gemeinsames Durchsetzen ihrer Interessen schaffen, oder in diversen Arbeiterorganisationen oder an der Uni durch ihre theoretische Arbeit die Initiativen der Arbeiterschaft unterstützen. Hochschulpolitik sollte also nur im Zusammenhang mit der späteren Berufswirklichkeit verstanden werden.

1.8.

STUDIENINHALTE UND LEISTUNGSKONTROLLEN

Aus den Widersprüchen zwischen Studienerwartungen, tatsächlicher Studiensituation und späterer Berufslaufbahn ergeben sich für den einzelnen zahlreiche Enttäuschungen, die wir in einen politischen Zusammenhang stellen wollen. Während der Weg an die Universität von der Hoffnung auf die Einlösung persönlicher Interessen im entsprechenden Wissenschaftsbereich getragen wird, oder das Studium als Eintrittskarte für eine privilegierte Position in der Gesellschaft betrachtet wird, während viele andere Studenten noch glauben, die Universität sei ein von gesellschaftlichen Zwängen lösgelöster Elfenbeinturm, konfrontiert die Realität die Studenten schon bald mit der Unhaltbarkeit dieser Vorstellungen.

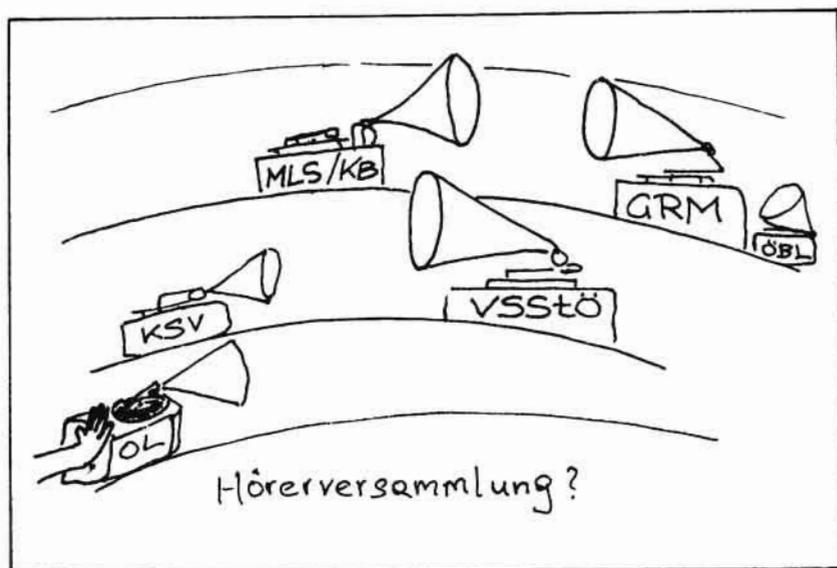
Freiräume, so vorhanden, werden immer mehr eingeschränkt. War eine fundierte inhaltliche Ausbildung im bürgerlichen Sinn schon immer eine Mär, so werden die Ziele des Studiums nun im verstärkten Ausmaß den Interessen der Wirtschaft untergeordnet. Die HS-Reform bewirkt eine Übertragung der in den Mittelschulen üblichen Lehr- und Lernmethoden (ständige Leistungskontrollen, Reduktion der Lehrinhalte auf abfragbares Wissen) auf die Hochschulen.

Für die meisten Studienrichtungen stellt sich die Berufsperspektive alles andere als rosig dar. In der Arbeitslosenstatistik steigt die Zahl der Akademiker. Weiters wird es für die Mehrzahl der graduierten Absolventen der Hochschulen immer schwieriger, in die von ihnen erstrebten Spitzenfunktionen auch tatsächlich aufzusteigen. In ihren Berufen werden sie so weit als möglich Kontrollen ausgesetzt, und ihre Arbeitsgebiete werden immer mehr zerstückelt.

Die entfremdete Arbeit wird schon in der Ausbildung gefördert, unter anderem durch die Prüfung. Prüfungen waren früher im allgemeinen gesicherte Wege zu hohen gesellschaftlichen Positionen und wurden daher eher als heute in Kauf genommen, wo sie diesen Charakter zum größten Teil verloren haben. Obwohl der Studienabschluß nicht mehr mit solchen Privilegien verbunden ist wie früher, verschärft sich, vor allem verursacht durch die starke Konkurrenz unter den Studenten der negativ empfundene Leistungsdruck weiter.

- o Angstsituation, Konzentrationsschwierigkeiten, Neurosen, die als individuelle Leidenserfahrung bekämpft werden (Lerntechnikurse, Psychiater) und nicht kollektiv.
- o Verschiedenste Formen individueller Arbeitsverweigerung (keine Vorlesungen besuchen, schummeln, bluffen, nach leichten Scheinen jagen etc.).
- o Extreme Vereinzelung

Die zentrale Stellung der Prüfung im studentischen Lebensvollzug wurde von der Linken weitgehend ignoriert – vielmehr spiegelt sich in der eigenen Struktur linker Organisationen auf Universitätsboden ein ähnliches Problemlösungsverhalten wider (Konkurrenz, Leistungs-, Prüfungs- zwang), was solidarische Arbeit erschwert.



Obwohl die Erfahrung mit Wissenschaft einen wesentlichen Bestandteil des Studiums darstellt, besteht eine gewisse Gleichgültigkeit der Studenten den Wissenschaftsinhalten gegenüber. Diese Gleichgültigkeit ist nicht nur auf die Veränderung im Ausbildungswesen (Rationalisierung, Erhöhung des Leistungsdrucks) zurückzuführen, sondern auch als Reaktion auf die Widersprüchlichkeit und Konfusion der bürgerlichen Wissenschaft zu begreifen. Denn

- o die in der kapitalistischen Gesellschaft notwendige Aufspaltung der Wissenschaft in streng abgeordnete Einzeldisziplinen bedingt die Isolation der mit Wissenschaft Beschäftigten und verunmöglicht die Erkenntnis relevanter Zusammenhänge.
- o die herrschenden Wissenschaften sind in Theorie und Praxis getrennt: Während sich die theoretischen Auseinandersetzungen scheinbar zweckfrei in immer größerer Formalisierung vollzieht, werden die Anwendungswissenschaften partikulär unter dem Gesichtspunkt der Brauchbarkeit ihrer Resultate für die Verwertungsinteressen des Kapitals betrieben. So wird einerseits Wissenschaft von den Studenten als nutzlose Spielerei angesehen, andererseits nur in Hinblick auf die Erhöhung ihres späteren Tauschwertes studiert.
- o durch die Abgehobenheit der bürgerlichen Wissenschaft von der Gesellschaft erscheinen ihre Methoden und Begriffssysteme als beliebig und willkürlich untereinander austauschbar. Wissenschaftliche Theorien werden nicht als aus historischen Notwendigkeiten entstandene begriffen, sondern als Resultate überzeitlicher Wahrheitssuche dargestellt.

Eine wichtige Aufgabe sozialistischer Politik auf der Universität ist die Kritik der Wissenschaftsinhalte und -methoden, wobei an den offensichtlichen Widersprüchen der bürgerlichen Wissenschaften, aus denen sich intellektuelle Probleme für die Studenten ergeben, anzusetzen ist.

Wissenschaftskritik ist daher nicht nur in der eingengten Bedeutung gemeint, die bisher an der Universität vorherrschend war: als äußerliche Entgegensetzung eines Standpunktes gegen die bürgerliche Wissenschaft aus den Resultaten ihrer Anwendung heraus ("Die bürgerliche Wissenschaft ist schlecht, weil die bürgerliche Gesellschaft schlecht ist").

Eine Differenzierung ergibt sich allerdings aus den Inhalten der Wissenschaft: Während die Naturwissenschaften, von der kapitalistischen Entwicklung auf beachtliche Höhen getrieben, hauptsächlich von der Seite ihrer Anwendung her kritisierbar sind, bedeutet der Verfall der Sozial-

wissenschaften die steigende Unfähigkeit der Gesellschaft, sich selbst zu begreifen. Um diesen Zweig der Wissenschaft wirksam und nicht nur abstrakt bekämpfen zu können, ist eine intensive Kritik ihrer Methoden und theoretischen Voraussetzungen notwendig.

1.9.

DIE STUDENTISCHE ORGANISATIONSFORM

Die Linke ist auch auf der Universität weitgehend isoliert; einerseits ist dies zurückzuführen auf den Führungsanspruch jeder der vorhandenen Gruppen, der dazu führt, daß ein Großteil der Energien dazu verwendet wird, die anderen mit allen Mitteln zu diffamieren. Ein weiterer Grund dafür sind die abstrakten Konzepte und Programme, die an die Studenten herangetragen werden.

Diejenigen Genossen, die mit dieser Politik der linken Organisationen nicht einverstanden waren, haben sich entweder ins Privatleben oder in Theoriezirkel und Kapitalarbeitskreise zurückgezogen. Es ist nicht gelungen, den bestehenden Gruppen eine organisierte undogmatische Alternative gegenüberzustellen. Wir halten es für notwendig, nicht nur die Schädlichkeit des "freien Wettbewerbs linker Gruppen" aufzuzeigen, sondern diesen Gruppen eine Organisationsform gegenüberzustellen, die breitere Diskussions- und Politisierungsprozesse ermöglicht.

1.9.1. Die Arbeit an den Instituten

Jede Organisierung muß vom unmittelbaren Erfahrungsbereich ausgehen, für Studenten ist dieser vor allem das Institut. Hier ist es möglich, Bedürfnisse, die im Widerspruch zum kapitalistischen Gesellschaftssystem stehen, konkret aufzugreifen.

Ihrem Charakter nach sollen Institutsgruppen (IG) weder ausschließlich Treffs von schon organisierten Genossen, noch ausschließlich Rekrutierungsfeld dieser Organisationen werden. Zweifellos ergeben sich hier Schwierigkeiten, die sich in der Spaltung der Linken begründen.

Einige Erfahrungen wurden schon gemacht.

So etwa mit der MLS, deren anfängliches Verdienst, solche IG's initiiert zu haben, durch ihre sektiererische Politik innerhalb dieser Basisorganisationen mehr als wettgemacht wurde. Oder mit dem KSV, der die Isolation der MLS dazu ausnützen will, jetzt endlich der KPÖ den fehlenden

Nachwuchs zu beschießen. Auch alle anderen Gruppen sehen in den IG's nur mehr die Möglichkeit, ihre "korrekte" Linie durchzusetzen oder ein, zwei neue Leute in die "Kämpfe der Arbeiterklasse" einzureihen.

Daher glauben wir, daß es notwendig ist, neben den IG's Organisationsformen zu entwickeln, die es auch unorganisierten Studenten ermöglichen, politisch tätig zu sein. Die Aufgaben solcher Gruppen, die es an einigen Instituten bereits gibt, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1.9.1.1. Auftreten in Lehrveranstaltungen

Hierbei soll möglichst großer Einfluß auf Inhalt und Arbeitsform genommen werden (z. B. gegen Frontalunterricht, für von Studenten gestaltete Seminare). Zum Problemkreis immanenter Vorlesungskritik wäre zu sagen, daß diese nicht immer sinnvoll ist. Es wäre z. B. bei einer Vorlesung über Mathematik meistens schwierig, deren "bürgerlichen Inhalt" klarzulegen. Der Stellenwert von inhaltlicher Vorlesungskritik läßt sich daher nicht allgemein bestimmen, sondern nur für jeden Wissenschaftsbereich gesondert analysieren.

1.9.1.2. Wie schon im Kapitel "Zur Strategie an den Hochschulen" erwähnt, sollten wir versuchen, bestehende Illusionen bezüglich Berufspraxis abzubauen. Dies sollte geschehen durch Arbeitskreise, die sich mit der zu erwartenden Berufswirklichkeit auseinandersetzen und durch Erfahrungsaustausch mit bereits im Beruf stehenden Kollegen. Ein weiterer Schwerpunkt sollte die Kritik der Hierarchie und der bürgerlichen Form der Leistung und ihrer Kontrollen sein.

1.9.1.3. Organisierung von Arbeitskreisen zu den vorhandenen Lehrangeboten.

Der Student, der, auf sich allein gestellt, von Lehrveranstaltung zu Lehrveranstaltung, von Prüfung zu Prüfung hetzt, muß sich extremen Individualismus anzüchten, um im Großbetrieb Universität zu überleben. Durch gemeinsame Bewältigung des Lehrstoffes können sowohl bessere Voraussetzungen für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Dargebotenen erreicht werden als auch mehr Freiräume für die Betätigung außerhalb des unmittelbaren Lehrbetriebes geschaffen werden. Solange die linke Bewegung schwach ist, und sich diese Ansätze nicht in eine allgemeine Strategie einordnen lassen, ist die Gefahr vorhanden, bloß Lerntechniken oder Hochschulunterricht zu initiieren; das heißt, um die Unfähigkeiten des bürgerlichen Ausbildungssystems auszugleichen. Daher wird es notwendig sein, Schritte in diese Richtung ständig mit den übrigen Aktivitäten in einen engen Zusammenhang zu stellen.

1.9.1.4. Wir wollen versuchen, auch "persönliche" Probleme als gesellschaftliche zu erkennen und ihre Lösungsversuche in die politische Arbeit einzubeziehen. Ansätze in diese Richtung wären der Versuch, Autoritätsstrukturen abzubauen, die Freizeit gemeinsam zu gestalten und ein Klima herzustellen, in dem es möglich ist, seine Meinung zu sagen, ohne sofort als "bürgerlich", "Konterrevolutionär" u.a. m. entlarvt zu werden.

1.9.1.5. Gesamtuniversitäre Organisation

Ansätze einer Organisation an den Hochschulen dürfen nicht im Institutsumrahmen stecken bleiben; sowohl die Verallgemeinerung der an den Universitäten gemachten Erfahrungen als auch der Versuch, den studentischen Rahmen zu sprengen, sollen Ergebnisse einer Organisierung sein. Im Rahmen des bereits Gesagten lassen sich die Aufgaben der Hochschulorganisation folgendermaßen umreißen:

- o Informationsaustausch über den Stand und die Entwicklung der Bewegungen an den Instituten und der Versuch, die spezifischen Schwierigkeiten an den Instituten zu verallgemeinern, eine gemeinsame Strategie zu finden.
- o Gemeinsame theoretische Arbeit:
Fortführung der Diskussion und weitere Konkretisierung der Gedanken in den "Thesen zur Hochschulpolitik", Aufarbeitung bestimmter, für die Hochschulpolitik relevanter Themenkreise, gemeinsame Aufarbeitung und Weitertriebung der wissenschaftlichen Kritik am Kapitalismus.
- o Koordination gesamtuniversitärer Kampagnen (z.B. Kampf gegen Studienverschärfungen, antiimperialistischer Kampf, Solidaritätsaktionen mit konkreten Kämpfen der Arbeiter und Angestellten).
- o Auseinandersetzung mit außeruniversitären Problemen. Durch gemeinsame Diskussion mit Arbeitern und Angestellten kann die in einem gesellschaftlichen Teilbereich gewonnene Erfahrung verallgemeinert werden. Es wäre falsch, nur von den Beteiligten der Universität ausgehend, allgemeine politische Schlußfolgerungen abzuleiten. Damit würde man nur die Abgehobenheit der Universität von den übrigen gesellschaftlichen Bereichen zementieren. Gerade die Diskussion mit Genossen, die im Produktionsprozeß stehen, kann viele durch die Isolierung der Uni hervorgerufene Einschätzungen relativieren.

VERHÄLTNIS ZUR FÖJ-BEWEGUNG FÜR SOZIALISMUS

Weder die Mitgliedschaft in der BfS noch die Arbeit in anderen gesellschaftlichen Bereichen kann in der konkreten Situation Bedingung für die Mitarbeit in der Hochschulgruppe sein.

Ein wesentliches Moment von Politisierung an der Uni ist die Einsicht, daß sich auftretende Widersprüche und Probleme nicht isoliert vom Produktionsprozeß lösen lassen. Ein Ziel studentischer Organisation sollte es daher sein, die Zusammenarbeit mit Gruppen oder Organisationen in anderen gesellschaftlichen Bereiche zu erreichen. Daher wäre es unehrlich, zu sagen, wir hätten nicht die Absicht, uns insgesamt in die BfS zu integrieren. Falsch wäre es jedoch, im heutigen Zustand winzigen Umfanges einer Organisation und der geringen Entwicklung von Klassenkämpfen und gesellschaftlichen Bewegungen diese enge Zusammenarbeit hier und jetzt zu fordern.

Die Mitglieder der FÖJ-Bewegung für Sozialismus in der Hochschulgruppe verstehen sich als Teil der BfS, der in einem spezifischen Gesellschaftsbereich tätig ist (ebenso wie z. B. Betriebsarbeitskreis, Lehrlingsgruppe). Sie delegieren wie alle anderen Arbeitsgruppen ein Mitglied in die Leitung der BfS. Für sie ist die Zusammenarbeit mit nichtstudentischen Genossen nicht auf diesen formalen Kontakt beschränkt, es gibt auch heute Möglichkeiten, mit Genossen in anderen Bereichen zusammenzuarbeiten:

- o Gemeinsame theoretische Arbeit
Einerseits kann dies durch gemeinsame Gestaltung der theoretischen Zeitschrift "aspekte" erreicht werden, andererseits durch Kooperation bei der Aufarbeitung bestehender theoretischer Fragestellungen.
- o Erfahrungs-, Informationsaustausch, Kommunikation
Der Klub Links bietet die Möglichkeit, sowohl durch gemeinsame Programmgestaltung solidarische Diskussion zwischen Arbeitern, Angestellten und Studenten zu erreichen, als auch durch zwanglose Kommunikation eine Klärung gemeinsamer Probleme voranzutreiben.
- o Gemeinsame Stadtteilarbeit
Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus hat sich den Aufbau von Stadtteilgruppen, die die spezifischen Probleme in einzelnen Bezirken

aufgreifen soll, zum Ziel gesetzt. In diesen Gruppen ist die Zusammenarbeit von Studenten, Arbeitern und Angestellten anzustreben. Auch die Lehrlingsgruppen, die sich mit dem Problemkreis "Freizeitgestaltung für Jugendliche" (Jugendzentren) beschäftigen, bieten Möglichkeiten für eine Zusammenarbeit.

1.11.

ZUR ORGANISATIONSFRAGE

1.11.1. Persönliche Emanzipation und Politischer Kampf

Das Elend im Kapitalismus ist nicht bloß durch materielle Nöte gekennzeichnet. Das Gefühl der Sinnlosigkeit, der Ohnmacht, der Angst, das Zerriebenwerden an den bürgerlichen Normen, all das ist der Ausdruck für die Besitzergreifung aller gesellschaftlichen Bereiche durch das Kapital. Die Motivation für politisches Handeln entspringt massenhaft weder ausschließlich aus Lohnkämpfen (ökonomische Bedingungen), noch aus dem Erkennen der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten (intellektuelle Einsicht). Wegen materieller Forderungen wird jetzt im allgemeinen nicht das System in Frage gestellt. Die Vertröstung der individuellen Emanzipation auf die Zeit nach der großen Revolution ist auch nicht gerade eine Aufmunterung. Die politische Erfassung aller Widersprüche des Menschen in erfahrbaren, praktischen Kämpfen wird ansatzweise die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution aufzeigen.

1.11.2. Persönliche Emanzipation und Politische Organisation

Die Klassenscheidung von Kapital und Arbeit ist der wesentliche gesellschaftliche Widerspruch unserer Epoche. Dieser Grundwiderspruch äußert sich an der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft in den vielfältigsten Unterdrückungsmechanismen, die sich sogar bei den antikapitalistischen Kräften widerspiegeln. In den sogenannten "persönlichen, privaten" Beziehungen befeißigen wir uns meistens weiterhin unsolidarischer, egoistischer, bevormundender Verhaltensweisen. Dies macht sich auch in mannigfaltiger Form bei der politischen Betätigung bemerkbar. So sehr auch in autoritär strukturierten linken Gruppen die Organisationsform durch lange historische Exkurse gerechtfertigt scheint, so ist sie doch viel eher das Resultat unbewältigter persönlicher Probleme, denen wir alle gesellschaftsbedingt ausgesetzt sind.

1.11.3. Funktion der Persönlichen Emanzipation im Politischen Kampf

Der persönlichen Emanzipation sind Schranken gesetzt. Die gesellschaftlichen Strukturen bedeuten das Muster für die persönlichen Beziehungen. Solange das ökonomische Profitprinzip vorherrschend ist, ist die freie Entfaltung des Menschen nur partiell möglich. Sie kann nur in sehr beschränktem Maße Vorwegnahme sozialistischer Lebensformen sein. Kompromisse mit der Umwelt sind unumgänglich. Weiters stellt sich die Ausübung neuer moralischer Wertsysteme für bestimmte gesellschaftliche Schichten anders dar, als für andere Bevölkerungsgruppen.

Trotz all dieser Fesseln streben wir eine Vereinigung von individueller und gesellschaftlicher Emanzipation an. Das Bedürfnis nach Revolution wird sich massenhaft erst aus revolutionären Bedürfnissen herausbilden. Man kann dagegen einwenden, daß immer eine Kluft die politische Aktivität von der Bedürfnisausübung trennen wird und, daß weiters eine politische Strategie mehr Rücksicht auf die revolutionäre Zielsetzung als auf die widersprüchliche Bedürfnisstruktur des einzelnen nehmen soll. Bei dieser Gedankenführung wird nach Erfahrung fälschlich die Form der Politisierung von einigen wenigen zur allgemeinen Norm erhoben. Bestimmte Intellektuelle können wegen ihrer privilegierten Lebenssituation revolutionäre Politik betreiben, ohne damit tiefgreifende Einschnitte in ihre sonstige Lebensweise vornehmen zu müssen. Die gesellschaftlichen Zwänge treffen sie nicht so stark, Politik kann dadurch einen elitären Charakter bekommen, sowohl in der Organisationsform (Überbeanspruchung der Mitglieder), als auch in den Inhalten (bevormundendes Avantgardekonzept.)

Solange die Ängste, die Unsicherheit, die Einsamkeit usw. nicht beim Namen genannt werden und als Probleme anerkannt werden, schlagen sie sich entweder in einer unpolitischen Haltung oder in einer verkrampften Überidentifikation bestimmter politischer Werthaltungen nieder. Die unsolidarische Haltung linker Gruppen untereinander (je verwandter die politischen Ansichten, desto mehr bekämpft man sie), der Profilierungszwang, als einzige politische Organisation die wahrhaft richtige Linie zu vertreten, das missionarische Auftreten, die Vereinfachung der Theorie zugunsten einer scheinbar klaren, geschlossenen politischen Strategie, die autoritäre Struktur der Organisation, die Trennung der Mitglieder in allwissende Obergossen und in agitationstreibendes Fußvolk, all dies sind die äußerlich sichtbaren Merkmale für politische Praxis, in die der Mensch als zerrissenes bürgerliches Individuum eingeht, ohne dies zuzugeben.

Wir werfen diesen Gruppen nicht vor, diese Probleme noch nicht gelöst zu haben. Die kapitalistische Gesellschaft läßt von ihrer Struktur her keine langfristige, befriedigende Lösung zu. Gegenüber diesen Gruppen versuchen wir aber, durch Diskussion über dieses Thema und offene Organisationsform zumindest partiell annehmbare Lösungen zu finden. Versuchen wir bürgerliche Verhaltensweisen wenigstens ansatzweise bei uns in Frage zu stellen, so wird politische Betätigung immer weniger eine Ersatzhandlung und Verdrängungsarbeit. Wir verstehen also unter Politisierung nicht nur Agitieren und Verkünden von jetzt noch abstrakten Zielen. Politisierung umfaßt den ganzen Menschen, nicht bloß den vorgestellten idealen Revolutionär, sondern den allen Widersprüchen in einer kapitalistischen Gesellschaft ausgesetzten Menschen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Eine politische Gruppe soll sich nicht in eine psychotherapeutische Vereinigung verwandeln. Es geht hier um Gewichtung von aktueller Bewußtseinsstruktur einerseits und politischer Programmatik andererseits als Grundlage für politische Praxis.

Inwieweit wird die Erstellung der Programmatik und die politische Praxis von der psychischen Struktur der Akteure beeinflusst? Unterschiedliche politische Konzeptionen in unterschiedliche psychische Strukturen aufzulösen und dadurch zu erklären, wäre borniertester Psychologismus. Wir verstehen psychische Probleme als gesellschaftlich bedingte, d. h. als politische Probleme. Je kleiner jedoch Gruppen sind, je mehr sie von den Lohnabhängigen abgeschnitten sind, desto stärker werden sich in ihnen allgemein psychologische Momente durchsetzen. Im allgemeinen jedoch sollen politische Gegensätze politisch ausgetragen werden. Es geht uns daher nicht darum, MLS, GRM und auch KSV deshalb zu verdammen, weil sie von "gestörten" Menschen getragen sind (mit derselben Berechtigung könnten diese Gruppen uns als "gestört" bezeichnen). Unser Vorwurf bezieht sich auf die enge Definition von Politik, auf die Auslassung individuell, emanzipatorischer Fragen aus der großen Politik. Vernachlässigen die kommunistischen Parteaufbauorganisationen die Emanzipationsproblematik, so wird sie von den Resten der antiautoritären Bewegung in einem abstrakten, organisationsfeindlichen Licht gesehen. Wir schließen uns in der Kritik an diesen Gruppen Dieter DUHM an:

"Es zeigt sich unter anderem, wie wenig noch jene Theorie verinnerlicht ist, nach der persönliche Emanzipation und politischer Sachbezug zusammengehören, obwohl zwischen den Anforderungen der politischen Arbeit und den persönlichen Bedürfnissen oft ein zur Zeit noch unauflösbarer Widerspruch besteht. Die reale Aufhebung dieses Widerspruchs kann nicht dadurch erfolgen, daß wir uns willkürlich auf die eine oder die andere Seite schlagen, sondern

nur darin, daß wir den Widerspruch in unserer politischen und persönlichen Arbeit akzeptieren und aushalten. Was an politischen Anforderungen von den persönlichen Bedürfnissen noch nicht nachvollzogen werden kann, erfordert unabweislich eine gute Portion sozialistischer Disziplin. Disziplin verstanden als eine Kraft, welche unsere gegenwärtige emotionale Befindlichkeit immer ein Stück weiter überschreitet und so auf die Aufhebung des Widerspruchs von Politischem und Privatem gerichtet ist, ist unter den gegenwärtigen Bedingungen ein unverzichtbarer Bestandteil sozialistischer Ethik. Emanzipation ist auf jeden Fall ein angstvolles und anstrengendes Geschäft und zur Anstrengung gehört unter anderm die Entwicklung einer organisatorischen Grundlage, auf der sowohl der politische Sachbezug als auch das Aushalten des Widerspruchs gewährleistet wäre. Aus einem konsequenten marxistischen Emanzipationsbegriff ergeben sich für die Organisation einige Bestimmungen, die zwar noch sehr allgemein, aber für die Abgrenzung gegenüber rein antiautoritären und spontaneistischen Konzepten vielleicht doch wichtig sind.

o Notwendigkeit und Form der Organisation entwickeln sich nicht primär im subjektiven Rahmen der jeweiligen psychischen Situation, sondern im objektiven Rahmen der Effizienz des politischen Kampfes. Wer sich bei der Lösung des Organisationsproblems hauptsächlich an subjektiven Kriterien orientiert, der hat den realen Widerspruch zwischen subjektiven Bedürfnissen und objektiven Erfordernissen hinter der subjektiven Seite verschwinden lassen, ohne ihn wirklich aufzuheben. Im Gegenteil: Er reproduziert ihn damit auf stagnierender Ebene und kommt so weder zur persönlichen Befreiung noch zur gesellschaftlichen Veränderung.

o Die politische Organisation ist nicht ein "Verein freier Subjekte", sie wäre sonst überflüssig. Sie ist vielmehr selbst das politische Subjekt. Sie steht damit im beabsichtigten Gegensatz zu der kleinbürgerlichen Auffassung von autonomer Individualität und persönlicher Subjektwerdung auf eigene Faust.

o Organisation ist nicht nur ein pragmatisches Instrument zur Erreichung politischer Ziele, sondern sie ist selbst ein wichtiges Vehikel zur Selbstveränderung ihrer Mitglieder. Im Maß ihrer Verbindlichkeit zeigt sich der Wandel von einer bloß individuell-psychologischen zu einer politischen Identität.

o Wenn es stimmt, daß Emanzipation und politischer Kampf zusammengehören, dann muß dieser Zusammenhang – damit er für die Praxis verbindlich werden kann – in der Organisation sichtbar

sein. Revolutionärer Kampf ist Klassenkampf und die Arbeiterklasse ist das wichtigste Subjekt dieses Kampfes. Die Organisation muß die Verbindung zu diesem Subjekt zumindest programmatisch beinhalten. Die Reife einer marxistischen Emanzipationsbewegung zeigt sich unter anderem in der Hinwendung zu den Fragen einer solchen Klassenorganisation. Der anzustrebende Träger eines revolutionären Gegenmilieus ist die Klassenorganisation bzw. die revolutionäre Partei.

Die Radikalität des marxistischen Emanzipationsbegriffes liegt nicht in erster Linie darin, hier und jetzt die eigene Subjektivität radikal zu ändern (obwohl das unter gegebenen Voraussetzungen notwendig sein wird), sondern darin, den Bereich der eigenen Subjektivität radikal zu überschreiten, aber ohne ihn zu verlassen oder zu verdrängen."

In der Bestimmung der politischen Zielrichtung wäre es also falsch, als Ausgangspunkt primär von den persönlichen Schwierigkeiten auszugehen. Ohne Einbeziehung der persönlichen Problematik wirken aber unbewältigte persönliche Schwierigkeiten in die Bestimmung der politischen Zielrichtung ein. Wie sollen nun in der Gruppenstruktur und in den persönlichen Beziehungen innerhalb dieser Organisation die Voraussetzungen für angstlose und nicht bevormundende politische Tätigkeit geschaffen werden?

Nach außen werden die Genossen im gegebenen politischen Milieu gezwungen, als durch und durch bewußte, makellose, allwissende und unfehlbare Revolutionäre aufzutreten. Auch wenn man sich in dieser Rolle nicht ganz behaglich fühlt, so zieht man sie in einer repressiven Umwelt einer Situation vor, in der man sonst als "Versager, Grübler, Kleinbürger, Abwiegler, Neurotiker, Wirrkopf, bezahltes Subjekt" usw. verketzert wird. So werden die autoritären Strukturen innerhalb der Organisation nach außen widerspiegelt. Indem wir uns gegenseitig Theater vorspielen, verstärken wir nur unsere Unsicherheit. Die Möglichkeit der partiellen, individuellen Befreiung aus dieser Angstlage liegt darin, daß wir den gesellschaftlichen Angstbedingungen (Prüfungs- und andere autoritäre Situationen) dort, wo es möglich ist, wie in politischen Gruppen, Strukturen entgegensetzen, in denen es keiner Mutprobe bedarf, zu sagen, man kenne sich nicht aus, man vertrete eine andere Meinung, man fühle sich in der Gruppe unterdrückt, usw.

"Fehler" wird man nicht dadurch los, indem man sie abstreitet, sondern indem man sie in einer solidarischen und angstfreien Umgebung zugeben kann. Die meisten haben in unterschiedlichen Ausmaß dieselben Probleme: Unsicherheit, Angst, nach innen gekehrter Zweifel, Einsam-

keit. Die Einsicht in die gesellschaftliche Bedingtheit dieser Gefühle wird einem nicht viel nützen, wenn die Mehrheit so tut, als gäbe es das für sie nicht. Der einzelne muß dann die Schuld bei sich suchen; entweder er reprivatisiert, oder er flüchtet in den Schoß einer politischen Ersatzfamilie. Eine freiere Gruppenform erleichtert nicht nur die politische Aktion des einzelnen, sie wird auch die Schlagkraft der Gruppe stärken. Die bisher zum Theaterspielen verbrauchten Energien können für effektivere politische Arbeit freigesetzt werden. Die nach innen gerichteten Aggressionen können sich nun auf eine rationale Weise gegen den Klassenfeind orientieren.

Ein weiterer Aspekt der Emanzipationsproblematik sind die sogenannten "unpolitischen" Bedürfnisse. Dazu wieder Dieter DUHM:

"Ebensowenig wie unsere eigene politische Bandbreite und Widersprüchlichkeit begriffen wir die unserer politischen Adressaten. Weder bei uns noch bei ihnen erkannten wir den progressiven Gehalt der kapitalistisch verkleideten Bedürfnisse, Gefühle und Konflikte. Wir terrorisierten die Genossinnen, die sich schöne Kleider kauften, polemisierten gegen den zwanghaften Konsum der Leute und sahen dabei nicht, daß das die ihnen verbliebene infantile Form war, die Welt zu ergreifen. Der unbewußte Drang "wir wollen alles", der bei ihnen auf diese orale Form reduziert war, konnte von uns deshalb nicht politisch aufgegriffen und kanalisiert werden. Wir wehrten uns gegen den Gefühleüberschwang von Liedern und zärtlichen Gesten und versäumten dabei die Möglichkeit, den darin verborgenen Wunsch der Isolierten nach Liebe und konkreter Vergemeinsamung, nach Überwindung der abstrakten Gesellschaftlichkeit unseres Systems bewußt zu machen. Wir verhöhnten die Weihnachtssentimentalität und verdrängten damit unser eigenes progressives Bedürfnis nach Zusammensein, Feier und emotionaler Kollektivität. Wir verfolgten alle religiösen Überreste, verlachten jedes ernsthafte Bekenntnis zum Christentum und übersahen ganz, wieviel bewußtes Leiden, wieviel entschlossene Auflehnung und Verweigerung, wieviel verbindliches Engagement darin enthalten sein kann. So verspotteten wir im Grunde das Leiden, ohne zu geben, weil wir das Weggenommene nicht in seiner konkreten Widersprüchlichkeit und seiner sprengenden Kraft verstanden haben. Unsere Politik enthielt so einen asketischen Zug, der erstens in Widerspruch stand zu unserem Befreiungsprogramm, indem er die kapitalistische Verkrüppelung des Menschen unter linkem Vorzeichen fortsetzte und der uns zweitens oft schlicht unsympathisch machte und so die Kommunikation mit politischen und unpolitischen Partnern fürchterlich erschwerte."

II.

welche funktion kommt der wissenschaft im kapitalismus zu

2.1. Wissenschaft beschäftigt sich mit der Sammlung empirischer Daten und Erkenntnisse, Auffindung von Gesetzmäßigkeiten in denselben. Strukturierung der Information in Theorien und deren Verwertung. Wissenschaft kann, kurz gesagt, als Lösung von Problemen definiert werden. Der Stellenwert der zu lösenden Probleme ist nicht abhängig von Erkenntnisinteresse des einzelnen Wissenschaftlers, sondern ist ökonomisch bedingt und wird unter den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen in erster Linie von der Relevanz für den Kapitalverwertungsprozeß bestimmt.

Wissenschaft wird als gesellschaftlicher Arbeitsprozeß verstanden, in dem der Mensch durch Bildung von Begriffen auf unterschiedlichem Abstraktionsniveau versucht, die Umwelt zu beschreiben.

2.2. Da die Produktion von Ideen und Begriffen ein gesellschaftlicher Prozeß ist, wie die materielle Produktion, ist die Wissenschaft eine spezifische Erscheinungsform des gesellschaftlichen Bewußtseins. Es gibt keine menschliche Arbeit, in der nicht Hand und Kopf zusammen tätig sind. Arbeit ist kein tierartig instinktives Tun, sondern ist absichtsvolle Tätigkeit, und die Absicht muß körperliche Bemühung zu einem bezwecktem Ende lenken.

Die für uns wichtige Frage ist nun, in wessen Kopf das bezweckte Resultat des Arbeitsprozesses ideell vorhanden war. "Soweit der Arbeitsprozeß ein individueller, vereinigt derselbe Arbeiter alle Funktionen, die sich später trennen. In der individuellen Aneignung von Naturgegenständen zu seinem Lebenszweck kontrolliert er sich selbst. . ." (MARX)

Es muß nun unterschieden werden, ob das bezweckte Ende eines Arbeitsprozesses ideell im Kopfe derer vorliegt, die die Arbeit ausführen, oder in den Köpfen derer, die den Arbeitern bloße Splitterteile des Arbeitsprozesses zuweisen.

Dies sei an einem kurzem historischen Abriß erläutert. Bedingt durch die Kürze der Darstellung bleibt er allerdings sehr oberflächlich. (Genauere Darstellungen würden den Rahmen der Arbeit sprengen und den Zweck verfehlen)

Exkurs:

Den Grundstein für die Entstehung und Entwicklung der Wissenschaft bildet 1. die Arbeitsteilung und 2. die Klassenteilung.

Die erste Form der Arbeitsteilung findet sich bei den Stämmen, dann bei den Familien (die später entstanden sind als die Stämme). Es war dies eine naturwüchsige Arbeitsteilung, die auf den spezifischen Geschlechts- und Altersverschiedenheiten, also auf rein physiologischer Grundlage beruhte. An den Punkten, wo verschiedene Stämme, Gemeinwesen usw. in Beziehung traten, bildete sich ein Austausch von Produkten heraus. Die naturwüchsige Verschiedenheit der Produktionsweisen, der Lebensweisen, die Verschiedenheit der diversen Güter rief diesen Produktaustausch und die allmähliche Verwandlung der Produkte in Ware hervor. Durch den Austausch wurden selbständige Produktionssparten zueinander in Beziehung gesetzt und so in mehr oder minder abhängige Zweige einer gesellschaftlichen Gesamtproduktion verwandelt. Diese gesellschaftliche Teilung der Arbeit bildete also die Grundlage, auf der Warenproduktion und Warenzirkulation erst entstehen konnte.

In der Urgemeinschaft erfolgte die Produktion der materiellen Güter mit Steinwerkzeugen. Die Produktivkräfte waren derart gering, daß nicht mehr produziert als zum unmittelbaren Leben gebraucht wurde. Durch den Übergang zum Metallwerkzeug und durch das beginnende Interesse am Aneignungsprozeß wurden die Produktivkräfte genügend gesteigert, um einen, wenn auch geringen Überschuß an Gütern zu erzeugen. Die nicht unmittelbar verzehrten Mehrprodukte eigneten sich einige Menschen an, womit die Grundlage für Vermögensungleichheit und die Klassenteilung geschaffen wurde. Eine Minderheit bildete sich heraus, die nur koordinierte, die Erfahrungen und Kenntnisse von den Vorfahren übernahm

und mit eigenen Beobachtungen ergänzte (man denke z. B. an die Priesterschaft der alten Hochkulturen).

Die Ungleichheit führte zu Krieg und Streit, von den Siegern wurde die Möglichkeit erkannt, die ihnen Unterlegenen in eigene Dienstverpflichtung zu nehmen. Das Heer der Kriegsgefangenen erweiterte sich um Schuldgefangene. Sie wurden von den Herrn in ihr Privateigentum einbezogen, um die Aneignung ihres Arbeitsproduktes zu sichern. Die Produktionsverhältnisse des Sklaventums sind demnach durch das Privateigentum der Produktionsherrn an Produktionsmitteln (-instrumenten), an unfreien, menschlichen Produzenten und Produktionserzeugnissen charakterisiert. Die Produktionsverhältnisse erwiesen sich alsbald als hemmend, da die Technisierung und Vervollkommnung der Werkzeuge verhindert wurde, indem die Sklaven an den ihnen überlassenen Geräten uninteressiert waren. Diese Stagnation wurde in der folgenden Periode des Feudalismus durch die Erneuerung der Produktionsverhältnisse überwunden. Der Unfreie, nunmehr Leibeigene, war nun interessiert an der Arbeitsproduktivität und -erfahrung, da ihm ein Teil seiner Arbeitszeit für die eigene Bedürfnisbefriedigung gewährt wurde. Hakenpflug, Spaten, Heugabel, Dreschflegel, Hochofen, Wind- und Wassermühle, Radpflug etc. wurden erfunden. Die geringe Eigenproduktionsmöglichkeit des Leibeigenen wurde bald wieder Hemmschuh für die weitere Entwicklung.

Der Charakter der Produktivkräfte als der revolutionisierende Inhalt des Produktionsprozesses hat darum die damals fortschrittlichen kapitalistischen Produktionsverhältnisse erzwungen.

2. 3.

ENTWICKLUNG DES KAPITALISMUS UND DER WISSENSCHAFTEN

Im Zuge der Vergrößerung der Betriebseinheiten waren die Kapitaleigner nicht mehr imstande, alle "ihre" Aufgaben, wie Kontrolle, Überwachung, Planung und Geschäftsführung in eigener Person zu erfüllen oder Familienmitglieder damit zu beauftragen. Sie mußten diese Aufgaben an Lohnabhängige delegieren (Meister, Prokurist und technische Angestellte). Es gehört zum Spezifikum der kapitalistischen Entfaltung der Produktivkräfte, daß die Träger dieser neuen Positionen zu Vertrauensleuten des Kapitals werden. Indem die Arbeiter vollkommen von der Verfügung über die Art und Weise der Arbeitsbedingungen und über die Verwendung der Produktionsergebnisse ausgeschlossen werden, müssen die Seiten der Anlei-

tung, des Überblicks, der technologischen Entwicklung als Seiten des Kapitals erscheinen. Es sind nicht die sogenannten Sachgesetze der Technik, die für die starre Trennung von Hand- und Kopfarbeit ausschlaggebend sind. Mit der Ausdehnung der Produktion, der Komplizierung der Maschinerie, der Vergrößerung des Betriebes und der Vermehrung der Beschäftigtenzahlen, teilen sich auch die Funktionen des Meister, des Buchhalters und des Ingenieurs auf mehrere Personen auf. Die Anzahl derjenigen, die nun die Geschäfte des Kapitals treiben, steigt; ihre Bedeutung als einzelne sinkt wegen ihres geringeren Funktionsbereiches und der größeren Möglichkeit der Austauschbarkeit. Die Industrieverwaltung als Gesamtheit stellt den Verwertungsgagenten des Produktionsprozesses dar. Die einzelnen Angestellten nähern sich in der Mehrheit immer mehr den Arbeitern an und vice versa.

Wenn wir von "wissenschaftlich-technischer" Revolution sprechen, meinen wir damit nicht eine Epoche, die von autonomen wissenschaftlichen Erkenntnissen gekennzeichnet ist, sondern wesentlich ist, daß die wissenschaftlichen Forschungsergebnisse gesellschaftlich relevant werden. Die Erfindungen Leonardo da Vincis z. B. waren hervorragende Leistungen, jedoch erlangten sie deshalb keine Bedeutung, weil die Produktivkräfte noch nicht so weit entwickelt waren.

2. 4.

ANWENDUNG DER WISSENSCHAFT IM KAPITALISMUS

Die Anwendung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse dient zunächst keinen gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen, sondern orientiert sich an den Kapitalverwertungsbedingungen. Freilich erzeugen die Resultate der wissenschaftlichen Forschung "nützliche" Gegenstände, die den Lebensstandard der Arbeiterklasse auch erhöhen. Der entscheidende Motor der wissenschaftlichen Entwicklung ist aber die Jagd nach dem Extraprofit.

Dies zieht natürlich die Vernachlässigung sozial relevanter Forschungsgebiete mit sich, wie z. B. Arbeitsmedizin (Gesundheit = Arbeitsfähigkeit!), Verkehrsunfallforschung, Umwelt-, Bildungsforschung u. a. m. Das Argument, Rüstungsforschung sei sinnvoll, da in ihr auch "für das Volk nützliche" Forschungsergebnisse anfallen, mutet lächerlich an, wenn man bedenkt, welchen Umweg die Forschung zurücklegt, um z. B. den Belag einer Teflonpfanne zu erfinden.

Den Großteil, der für wissenschaftliche Forschung bereitgestellten Gelder

verschlingen Raumfahrt und Rüstung, wie zahlreiche Statistiken zeigen. Als Beispiel möge die BRD 1969 dienen:

1. Militär	40%
2. Atom	30%
3. Weltraum	15%
4. Rest	15%

Forschungsergebnisse, die peinlicherweise die Lebensdauer von Konsumgütern (wie z. B. Glühbirnen, Nylonstrümpfen etc.) verlängern, anstatt zu verkürzen, gelangen durch das Patentwesen erst gar nicht zu Anwendung. Daran zeigt sich deutlich, wie kapitalistische Produktionsverhältnisse auf die Weiterentwicklung der Produktivkräfte deformierend wirken.

2. 5.

ANWENDUNG SOZIALWISSENSCHAFTLICHER ERGEBNISSE

Im Produktionsbereich dienen die Sozialwissenschaften zur Rationalisierung der Arbeitsmethoden und -organisation, was zu einer Straffung des Arbeitsprozesses und damit zu einer wachsenden Belastung der Produzierenden führt. So wird zunächst die Arbeitsteilung weiter vorangetrieben. War früher der Arbeitsprozeß noch überblickbar, so wird er jetzt in kleinste Elemente aufgelöst, womit die Entstehung der modernen Technologie verbunden ist. Taylor, der Begründer der Betriebswissenschaften forderte Analysen des individuellen Arbeitsganges bezüglich Zeit und Bewegungsablauf, damit erstens die Zeit und der Kraftaufwand jedes Arbeiters bis zum maximalen Grad ausgenützt wird, und zweitens, damit alle Arbeitsverrichtungen und maschinellen Funktionen, die den Arbeitsprozeß ausmachen, ohne Zeitverlust ineinander greifen. Da kombinierte Arbeitskraft vieler Arbeiter die gesellschaftlich Produktivkraft der Arbeit zu steigern vermag (dies gilt auch bei gleicher Leistung, also ohne zusätzlich Leistungsstimulation) auf Grund von Spezialisierungen, Rationalisierungen, verkürzten Kommunikationswegen und dergleichen mehr, entspringt aus der Kooperation selbst eine sogenannte " Gratisproduktivkraft ", die sich der Kapitalist aneignet, ohne dafür zu zahlen. Er zahlt den individuellen Lohn, das so erstellte Arbeitsprodukt ist aber von der Masse her größer, als wenn jeder Arbeiter, so isoliert, wie er bezahlt wird, daran gearbeitet hätte. Dies wird ganz deutlich in den individuellen Prämiensystemen, die ganz darauf abgerichtet sind, individuellen Arbeitslohn meßbar und als solchen wiederum individuell entlohnbar machen, ohne Berücksichtigung der zusätzlichen Gratisproduktivkraft, die gerade aus der Kombination vieler Einzelarbeiter zu einem Gesamtarbeiter erfolgte.

Das bedeutet, daß sich der gesellschaftliche Wert der hergestellten Arbeitsprodukte nicht ändert, während es den Kapitalisten, die sich wissenschaftlicher Methoden zur Verkürzung der Arbeitszeit bedienen, gelingt, die Produkte unter ihrem gesellschaftlichem Wert herzustellen, bis die anderen Kapitalisten dieselben Methoden entwickelt haben. Das Patentwesen verhindert die Anwendung unprofitabler Erfindungen und monopolisiert gleichzeitig wissenschaftliche Forschungsergebnisse.

2. 6.

SOZIALWISSENSCHAFTLER AM MARKT

Lichtet man den Schleier von "Freies Spiel von Angebot und Nachfrage" oder "Freie Marktwirtschaft", sieht man emsig moderne "Teams" von Wissenschaftlern werken, die als Marktforscher den Produktionsrahmen nach den errechneten Absatzchancen abstecken oder als Werbepsychologen Wege finden, um die produzierten Waren tatsächlich an den Mann zu bringen. Denn im Kapitalismus werden Waren nicht nach Bedürfnissen erzeugt, sondern Profitinteressen erzeugen Bedürfnisse nach Waren. Hatte früher die Distribution (Warenverteilung) nur einen kleinen Anteil am Zirkulationsprozeß, bildet sie heute mittels Werbung, Statussymbolik, Markenartikel u. a. m. eine der Hauptstützen des modernen Krisenmanagements. Dem Industrialdesigner fällt dabei die Aufgabe zu, technisch kaum veränderte Produkte der Verbrauchsgüterindustrie alljährlich neu einzukleiden. Die Werbung gibt den Lohnabhängigen scheinbar jene Freiheit wieder, die sie durch den Zwang, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen, verloren, indem sie die 'Freiheit der Wahl' zwischen verschiedenen Markenartikel haben. Ein Mechanismus, der der Regulation von Absatzkrisen dient.

Aber auch im Reproduktionsprozeß tritt die Wissenschaft in den Dienst des Kapitals. Mit der strafferen Inanspruchnahme der Arbeitskraft am Arbeitsplatz entdeckt man die Bedeutung des Freizeitverhaltens der Arbeitenden, ihren "Privatbereich". Der Mensch muß sich nun nicht nur im Betrieb, sondern in allen anderen Bereichen restriktiven Normen unterwerfen. Die Reglementierung erfolgt in der Freizeit via Massenmedien. Dem Sexualleben und den verschiedenen Vergnügungsformen werden besondere Bedeutung geschenkt, Verhaltensformen werden beobachtet und analysiert; profitversprechende Absatzgebiete werden entwickelt - eigene Industrien für Jugendliche entwickelt. Psychologie, Pädagogik, Soziologie und andere Gesellschaftswissenschaften gewinnen dabei an Bedeutung.

Versagen Ausbildungsinstitutionen bei Disziplinierung und Reglementierung, werden Sozial- und Erziehungswissenschaften herangezogen, um

lern- und anpassungsstrategisch wichtige Mechanismen zu entwickeln. Das Kind, der Jugendliche, der Berufstätige werden in einzelne Teile zerlegt, in ihre Motivationsstrukturen, Realitätsauffassung und Zeitperspektive, Intelligenzquotienten, Schulleistungen und "Belohnungsverhalten", in ihr soziales und Geschlechtsrollenverständnis, Selbstwahrnehmung, Sprachverhalten, kognitive Fähigkeiten u. a. m. Ergebnisse wie z. B. daß die Produktivität durch Gruppenarbeit (Teamwork, Großraumbüros) enorm gesteigert werden kann, zeigen, wie wissenschaftliche Forschungsergebnisse profitbringend eingesetzt und angewendet werden.

2.7. Fazit:

So zeigt sich der Wandel der Wissenschaften mit der Entwicklung des Kapitalismus. Hatte die Wissenschaft im Frühkapitalismus eine, im großen und ganzen unabhängige Stellung von der Produktion im Bereich der Naturwissenschaften, und lag der Schwerpunkt an der Universität auf Philosophie, Staatswissenschaften, Verwaltung etc., wird sie im Kapitalismus zur perfekten Handlangerin des Kapitals. Die Staatswissenschaften etwa sind auch heute noch vom Produktionsprozeß abgehoben, sie stellen aber schon lange nicht mehr den Schwerpunkt des universitären Betriebes dar.

Innerhalb der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft geht es allerdings nicht nur darum, für jeden einzelnen Wissenschaftszweig die Abhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klasse aufzuzeigen. Vergleichen wir den gesamten Wissenschaftskomplex mit einem Haus, so würde jeder einzelne Wissenschaftszweig eine Tragmauer für den nächsten darstellen, d. h. die Existenz des einen Wissenschaftszweiges bedingt den anderen, wobei die direkten Kapitalinteressen nicht unmittelbar ein-sichtig sein müssen.

Wissenschaft muß in ihrer Totalität als bürgerliche Wissenschaft begriffen werden und diese wieder nur in ihrem Abhängigkeitsverhältnis zum Kapital, d. h. in ihrer Widersprüchlichkeit als vom Kapital produzierte, begriffen und bekämpft werden.

III. universität und ausbildung

3. 1.

AUSBILDUNG IM KAPITALISMUS

Die bürgerliche Bildungsdiskussion geht wesentlich um die Frage, ob Bildung von "der Gesellschaft" den Individuen als Konsumgut zur Verfügung zu stellen sei oder lediglich als Qualifikation von Arbeitskraft. Sie erfaßt damit in der üblich verzerrten Form folgenden Prozeß: die Gesamtqualifikation des Individuums im Kapitalismus ist gespalten in Bildung als Konsumgut und Ausbildung als Berufsqualifikation.

3. 2.

BILDUNG ALS KONSUMGUT FÜR FREIZEIT

Nach ihrem Selbstanspruch ist Bildung zweckfreie Aneignung von Wissen, Entwicklung und Förderung von angelegten Fähigkeiten, was den Bedürfnissen des Individuums entsprechen und dessen Autonomie begründen sollte. Das steht im strengsten Widerspruch zur bürgerlichen Realität. Bildung war immer schon eine Privileg der herrschenden Schichten und stand niemals im selben Ausmaß der Arbeiterklasse zur Verfügung.

Die Notwendigkeit von vielseitiger Ausbildung geistert zwar heute oft in den Verlautbarungen vieler Arbeiterorganisationen herum. Tatsächlich ist sie aber nur eine Methode, um den Arbeiter möglichst reibungslos den komplizierter werdenden und dauernd wechselnden Aufgaben anzupassen. Die Praxis sieht daher so aus: Anstatt daß Erziehung frühzeitig Vielseitigkeit fördert, wird das kurzfristige Umlernen forciert, dessen Folgen (Lohneinbußen, kurzfristige Arbeitslosigkeit...) die Arbeiter selbst tragen müssen.

Die dauernde Umwälzung des kapitalistischen Produktionsprozesses gefährdet aber auch die Kapitalistenklasse, die ohne qualifizierte Arbeitskräfte keinen Mehrwert bilden kann. Außerdem ist das Kapital bestrebt, alle Methoden der Produktivitätssteigerung systematisch seinen Verwertungsinteressen dienstbar zu machen und versucht, sich auch die persönliche Initiative der Arbeiter zunutze zu machen, nicht ohne dies propagandistisch ins vielfache zu übersteigern: Aufstiegschancen werden unmittelbar an die formale Qualifikation geknüpft.

3. 3.

QUALIFIKATION VON ARBEITSKRAFT

Vom Kapital werden jene Qualifikationen gebraucht, die sich unmittelbar in den vorgegebenen Produktionsprozeß einordnen lassen. Gegenüber der Vergangenheit ist in Anpassung an den hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte eine längere Ausbildung notwendig. Diese ist jedoch mit hohen Kosten verbunden. Da außerdem durch die permanente Umwälzung der Produktivkräfte das Wissen ("know how") immer schneller veraltet, ist die Ausbildung nicht nach einer gewissen Periode abgeschlossen, sondern erstreckt sich in Form von Umlernen und Aneignung von Spezialqualifikationen über lange Zeit. Das hat zur Folge, daß einerseits zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind, um alle Arbeitskräftegemäß ihres Ausbildungsstandes zu beschäftigen, andererseits zu viele Arbeitsplätze unbesetzt sind, die Kenntnisse voraussetzen, die erst erworben werden müssen bzw., wo die Qualifikationsstruktur nicht der Arbeitsplatzstruktur entspricht.

Die Folge ist, daß der länger und spezieller Ausgebildete auf Gedeih und Verderb dem Kapital ausgeliefert ist, da er nicht (wie z. B. ein Hilfsarbeiter) ohne weiteres ein neues Arbeitsverhältnis eingehen kann, das dem Wert seiner Arbeitskraft entsprechen würde. Diese besondere Abhängigkeit der Höherqualifizierten äußert sich in einem besonders angepaßten Verhalten.

Die scheinbar wachsende Bildung des Arbeiters erweckt den Eindruck, als ob er durch den Fortschritt der Wissenschaft profitiere. Daß dies nicht zu trifft, wird einsichtig, wenn man die Auswirkung der zunehmenden Arbeitsteilung in Rechnung stellt. Durch den Fortschritt der Wissenschaften ist das gesamtgesellschaftliche Wissen zwar größer geworden, das des einzelnen Arbeiters wächst dadurch nicht wesentlich, sondern ist anders geartet.

3. 4.

BILDUNGSKOSTEN

Da das Kapital nur das produziert, was es profitbringend verkaufen kann, hat es kein Interesse, die Kosten für die Ausbildung zu tragen. Um die Voraussetzungen für einen reibungslos funktionierenden Arbeitsprozeß zu schaffen, werden die bei der Ausbildung anfallenden Kosten dem Staat als "ideellen Gesamtkapitalisten" übertragen. Auf dem Umweg über den "neutralen Staat" hat es das Kapital so eingerichtet, daß die Masse der Ausgebeuteten ihre Ausbildung zum größten Teil durch Steuern selbst finanziert. Der Staat deckt also die Ausbildungskosten aus Steuern, die zum einen Teil der Arbeiterklasse vom Lohn, zum anderen Teil dem Kapital vom akkumulationsfähigen Mehrwert abgezogen werden.

Die Qualifikation der Arbeitskräfte erfolgt nicht entscheidend im sondern vor dem Arbeitsprozeß. D. h., Kapital muß investiert werden, ohne unmittelbar Profit daraus schlagen zu können. Ferner werden Waren produziert (=qualifiziertes Arbeitsvermögen), die nicht verkauft werden können, da der Ausgebildete selbst seine Arbeitskraft zu erhöhtem Preis (=Lohn) verkauft.

3. 5.

UNIVERSITÄT IM KAPITALISMUS

Diese allgemein wirkenden Tendenzen schlagen sich natürlich auch auf die Universität nieder. Regelte man früher "Angebot und Nachfrage" dadurch, daß die Ausbildung mit Schulgeld, Studiengebühr, Bezahlung der Studienmittel gekoppelt war, so versucht man heute das Problem mit der "Technokratischen Hochschulreform" zu lösen.

Der Beginn der Hochschul-Reform liefert neben der Beseitigung feudaler Freiheiten mit der Einführung der Diplomordnung die Voraussetzungen für die Durchführung der im allgemeinen Teil skizzierten Tendenzen.

Die Hierarchisierung, die durch getrennte Studienabschlüsse (Diplom- bzw. Doktorat) die vorhandene Privilegierung des Bürgertums trotz verstärkten Zugangs von Arbeiter- und Bauernkindern zur Universität aufrecht erhält.

Die Straffung des Studiums, d.h. genau abgegrenzte Studienabschnitte, die dann durch die speziellen Studiengesetze voll verschult werden.

Dann treten 3-Semesterklausel und 6-Semesterfrist in Aktion. Letztere besagt, daß die erste Diplomprüfung innerhalb von 6 (5) Semestern vollständig abgelegt werden muß, ansonsten werden weitere Semester nicht mehr angerechnet. Dies kann empfindliche Folgen für Stipendienempfänger und Werkstudenten haben.

Durch Lehrveranstaltungen mit oftmaligen Zwischentests, hohen Pflichtstundenzahlen und Verschärfung von Prüfungsbedingungen erreicht man eine rigorose Begrenzung der Studiendauer, verbunden mit einer Reduzierung des Lehrstoffes auf abfragbares Wissen, die gleichzeitig eine Problematisierung der Lehrinhalte verunmöglicht.

Um fortschrittliche Studenten, die sich gegen diese Reform stellen, zu reglementieren, soll im UOG (Unterrichtsorganisationsgesetz) das Weisungs- und Ordnungsrecht des Rektors verstärkt werden. Das UOG soll der veränderten Ausbildungssituation einen gebührenden organisatorischen Rahmen geben (es muß noch beschlossen werden). Außer dem verstärkten Weisungsrecht des Rektors (womit z. B. politische Veranstaltungen an Hochschulen verboten werden können) sind die zentralen Punkte im UOG der Ausbau der sogenannten studentischen Mitbestimmung und eine gewissermaßen automatisierte Hochschulreform, wonach alle Gremien Vorschläge und Anträge zur "Modernisierung" von Studienordnungen und -plänen erstellen können. Diese Durchsetzung über mehrere Stadien hat den Vorteil, daß der Gesamtzusammenhang der repressiven Bestimmungen nicht so massiv auf einmal zum Ausdruck kommt, sondern sich über die verschiedenen gesetzlichen Gremien verteilt und erst im konkreten Schritt auf Institutsebene für die Studenten fühlbar wird. Solcherart wird eine große, radikale Studentenbewegung erschwert. Aus demselben Grund erfolgt die Durchführung der Hochschulreform in den verschiedenen Studienrichtungen zu verschiedenen Zeitpunkten, um eine Radikalisierung der Studenten, wie es in Frankreich und der BRD der Fall war, zu verhindern.

BILDUNGSPLANUNG

3.6. Um die für einen "reibungslosen Wirtschaftsablauf" erforderlichen Qualifikationen herzustellen, versucht der Staat, die Bildung zu planen. Das Kapital ist wegen der herrschenden Konkurrenzmechanismen ständig gezwungen, neue Arbeitsmethoden zu entwickeln. Der einmal gemachte Bildungsplan entspricht zwar, wenn auch nur oberflächlich, den momentanen Bedürfnissen des Kapitals, verliert aber durch die Ausbildungsdauer seine Gültigkeit, da sich inzwischen die Struktur der Arbeitsplätze weitgehend verändert hat. Die bürgerliche Theorie glänzt hier mit einer Reihe von Bildungsplanungsansätzen, die alle eines gemeinsam haben: sie treffen nicht zu.

3.7. Nach wie vor sind für den tatsächlichen Zugang zu den Universitäten soziale Kriterien entscheidend:

- o Einkommen der Eltern
- o Erziehungsbedingungen im Elternhaus
Die schon in der Grundschule vermittelten Lehrinhalte sind sowohl von der Form als auch vom Inhalt her für Kinder aus dem Arbeitermilieu völlig fremd (Vgl. Sprache in Arbeiterfamilien gegenüber Mittel- und Oberschichtfamilien). Kindern aus der Unterschicht fehlen die Bildungsmöglichkeiten, die den meisten Kindern der Mittel- und Oberschicht unabhängig von Schulen und sonstigen Bildungsinstitutionen vom ersten Lebensjahr an zukommt. Die Vorteile reichen von Gesprächen und Büchern im Elternhaus bis zu Ferienreisen und anderen Möglichkeiten zur Selbstreflexion. Solange die ärmeren Schüler in Hinblick auf ihre Ausbildung und die Entwicklung ihrer Fähigkeiten von den bürgerlichen Bildungsinstitutionen abhängig sind, werden sie stets den Mittel- und Oberschichtkindern gegenüber benachteiligt sein.
- o Dauer der Ausbildung
Die Lehrlingsausbildung bedeutet schon eine gewisse, wenn auch minimale Unabhängigkeit von den Eltern. Dieser Aspekt beeinflusst nicht selten die weitere Berufslaufbahn von Arbeiterkindern, noch dazu, wo sie wissen, daß sie mit einer längeren Ausbildungszeit für ihre Eltern zusätzliche Belastungen bringen.
- o Wohnort

3.8. Sollte man auch all diese Kriterien statistisch erfassen können, so bleibt doch der entscheidende Widerspruch, der durch das kapitalistische Gesellschaftssystem bedingt ist, bestehen: Ausbildung im Kapitalismus erfolgt nicht nach den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung, sondern nach den Bedürfnissen des Kapitals.

Die Qualifikationsstruktur hinkt solange der Arbeitsplatzstruktur nach, bis das Grundübel, nämlich der Kapitalismus selbst, beseitigt ist. Erst wenn die arbeitende Bevölkerung selbst über die Produktion bestimmen und diese planen wird, wird auch eine Bildungsplanung möglich sein.

IDEOLOGIEPRODUKTION

"Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht." MEW 3, 46

3.9. Das staatlich garantierte Bildungsmonopol der Schule ist identisch mit der beherrschenden Rolle eines Erziehungssystems, das Vorurteil, Diskriminierung, Anpassung und Vorbereitung für das zukünftige Berufsleben in der bestehenden Gesellschaft produziert.

"Der Schüler lernt alles, was nötig ist, um im Leben vorwärts zu kommen. Es ist dasselbe, was nötig ist, um in der Schule vorwärts zu kommen. Es handelt sich um Unterschleif, Vortäuschung von Kenntnissen, Fähigkeit, sich ungestraft zu rächen, schnelle Aneignung von Gemeinplätzen, Schmeichelei, Unterwürfigkeit, Bereitschaft, seinesgleichen an die Höherstehenden zu verraten usw. usw." sagt BRECHT in den "Flüchtlingsgesprächen".

3.10. Das gegenwärtige Universitätssystem gewährleistet weder eine nach bürgerlichen Begriffen gute Ausbildung (was sich im Zuge der Studienreform vielleicht ändert) noch eine "gerechte" Behandlung der Auszubildenden. Lernen wird nicht begriffen als lustbetonte Aneignung von Fähigkeiten und Kenntnissen, sondern zur möglichst raschen Zeugnisbeschaffung degradiert. Sozialisation, psychische Verfassung des zu Prüfenden und andere Faktoren bleiben bei einer Prüfung unberücksichtigt. Die Beurteilung erfolgt danach, wie gut oder schlecht man standardisierte Antworten wiedergeben kann. Sozialisationschäden werden nicht als Ausprägung von Klassenkonflikten begriffen, sondern als Abweichung von den gesellschaftlichen Normen des Leistungs- bzw. Anpassungsniveaus.

Lernen um der Entwicklung kritischer Denkfähigkeit willen wird zugunsten der Produktion von Verhaltensgewohnheiten und -erwartungen für eine Konsumgesellschaft zurückgestellt. Die Ausbildungsinstitutionen sind eines der wesentlichsten Instrumente zur Vermittlung der bestehenden "Wert"vorstellungen. Das führt soweit, daß die Studenten - obwohl die dropout-Quote an den Unis ständig steigt - ihr "Versagen" nicht auf zu hohe Anforderungen, sondern auf die eigene "Unfähigkeit" und "Unintelligenz" zurückführen.

3.11. Auch die Arbeitswelt, wie sie sich heute den Erwachsenen und später den Kindern zeigt, wird bei der Ausbildung in Volks-, Haupt- und Mittelschulen nicht berücksichtigt. Die Kinder wissen mehr über den Bauernhof als über die Fabrik. Die Auseinandersetzung mit der Natur wird gepflogen, als ob diese und nicht gesellschaftliche Konflikte für das heutige Leben bestimmend wären. Die Arbeitswelt wird auf das Kleingewerbe, das zunehmend an Bedeutung verliert, reduziert. Dadurch wird die Arbeit der Eltern in den Betrieben den Kindern fremd und sie haben auch gar nicht die Möglichkeit, sich mit ihrem späteren Berufsleben auseinanderzusetzen.

Die ohnehin kaum vorhandene Gleichberechtigung der Frau wird an den Universitäten nicht selten durch Aussprüche wie "Mädchen studieren nur, um sich einen Mann zu angeln" oder "Mädchen sind für naturwissenschaftliche oder technische Studienrichtungen sowieso zu unintelligent" zunichte gemacht.

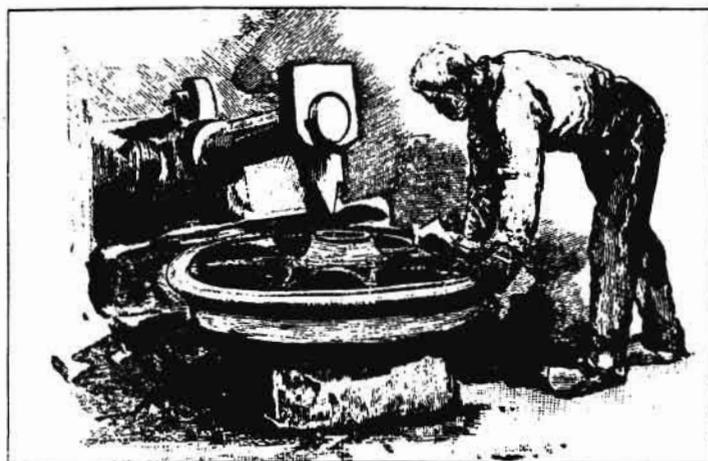
Man predigt eine solche Art der "Individualität", um Solidarität zu verhindern. Im herrschenden Konkurrenz- und Leistungsdruck wagt kaum ein Student zu sagen, er habe dies oder jenes nicht verstanden. Dem kollektiven Lernen wird das "Strebern" im stillen Kämmerlein vorgezogen. Was zu Hause unter größter Anstrengung erlernt wurde, wird am nächsten Tag leger vorgebracht, um seine "leichte Auffassungsgabe" zu dokumentieren. Ehrliche Studenten, die durch Fragen Unklarheiten beseitigen wollen, werden als "dumm" und "unintelligent" belächelt. Diese weitgehende Verinnerlichung der Konkurrenzmechanismen sind für die Berufsausübung sehr brauchbar. Sie verhindern kollektives Auftreten am Arbeitsplatz bei Lohnforderungen oder Disziplinierungen, gleichzeitig werden damit die Voraussetzungen für das Ausspielen der Arbeitskollegen untereinander geschaffen.

Pünktlichkeit, Ordnung und Fleiß werden von den Professoren mit positiver Zuwendung honoriert, garantieren doch diese Eigenschaften einen reibungslosen Ablauf sowohl des Lehrbetriebs als auch der späteren Berufsausübung.

Da durch den allseitig auf den Studenten einwirkenden Druck die Funktionsfähigkeit des isolierten Studenten gefährdet ist, bietet man ihm einen "verbilligten" Studentenpsychiater. Dieser zeigt ihm deutlich seine individuelle Schuld und Versagen seit seiner Geburt. Ist so jede Grundlage für solidarisches Handeln zerstört, weil ihn schließlich die Angst, vor den anderen nicht bestehen zu können, zu kollektivem Handeln unfähig macht, treten Gruppendynamiker auf den Plan. Die einzelnen "Trainer" arbeiten nun "Heilprogramme" aus, um ihn auf das "Teamwork" - wie heute die entfremdete Form kollektiven Handelns genannt wird - vorzubereiten.

Dieselben Mechanismen findet man im universitären Ausbildungsprozeß, wo weder die Einzelwissenschaften zueinander in Beziehung gebracht, noch die Verbindung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen hergestellt werden.

An uns liegt es nun, die Ursachen dieser Mißstände als kapitalistisch bedingt aufzuzeigen und uns zu weigern, "funktionierende Statisten" des bestehenden Gesellschaftssystems zu werden.



diskussion: zur organisations- frage

Zum Kaderprinzip der studentischen Parteiaufbauorganisationen (mls, grm, ..)

Die studentischen kommunistischen Parteaufbauorganisationen rechtfertigen ihre sektiererische Politik mit einer Berufung auf den Parteityp Lenins. Wir kritisieren hier nicht eine Unzeitgemäßheit der leninschen Überlegungen über die Partei, sondern, daß in einer Periode des winzigen Umfanges und der totalen Isolierung der Linken MLS & Co. mit ihrer Leninpantomime notwendige Diskussionsprozesse und Bündnisse zwischen den Linken verunmöglichen. Selbst wenn wir das leninsche Selbstverständnis dieser Gruppen mit ihrer Praxis konfrontieren, so ist bestimmt das leninsche Kaderprinzip nicht identisch mit Alleinvertretungsanspruch, so sind ideologische Auseinandersetzungen nicht mit kindischen Entlarvungen als Volksfeind, Kleinbürger, Revisionist usw gleichzusetzen, so bedeutet demokratischer Zentralismus nicht autoritärer Organisationstypus und schließlich sind Berufsrevolutionäre nicht selbsternannte Führer des Volkes.

Wenn man von der besonderen Situation Rußlands absieht, so können Lenins Hauptannahmen seines Parteimodells als Grundlage für aktuelle Organisationsdiskussionen verallgemeinert werden. Die Arbeiterschaft war in Rußland eine Minderheit, sie stellt heute die Mehrheit der Bevölkerung dar, aber innerhalb der verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse bestehen immer noch unterschiedliche Bewußtseinsgrade.

Das Leninische Kaderprinzip trägt dem Rechnung. Es sollen die bewußtesten Teile erfaßt werden. Die Alternative zu diesem Kaderprinzip wäre Fatalismus, eine passive Erwartung, daß sich die anderen Schichten automatisch entwickelten, oder ein reformistisches Programm, das am "Durchschnittsbewußtsein" ansetzt und sich so vorwärtstreibende Forderungen versagen muß. Lenins theoretische Vorstellungen beinhalten nicht einen Alleinvertretungsanspruch der KP. Andere Arbeiterparteien finden darin auch Platz. Die Periode der Revolution und die der Diktatur des Proletariats wurde nicht von der KP, sondern von den Sowjets – einem von allen Lohnabhängigen gewählten Organ – getragen. Die Praxis stand in einem krassen Widerspruch zu dieser Theorie, teilweise war das wegen der russischen Besonderheiten objektiv notwendig, teilweise waren es subjektive Versäumnisse, die dem Stalinismus den Boden bereiteten.

MLS, GRM etc. unterscheiden nicht zwischen der allgemeinen Begründung für eine kommunistische Kaderpartei und dessen besonderer Ausformung in Rußland und in der Sowjetunion. In einem formal-demokratischen bürgerlichen Staat, in einer nicht-revolutionären Situation, bei einem gestiegenen politischen und kulturellen Niveau der Arbeiterklasse bleibt zwar noch immer das Kaderprinzip gültig, es ergeben sich aber unzählige zusätzliche Probleme, denen mit Lenin-Exegese nicht beizukommen ist:

- o Parteien werden nicht wie ein Haus gebaut, indem ein Ziegel auf den anderen gelegt wird. Parteien, die eine Bedeutsamkeit beanspruchen können, entstehen in Epochen größter gesellschaftlicher Umbrüche. Vom Gefüge der jetzigen revolutionären Gruppen wird dann nicht viel zu erkennen sein, sie werden nicht einmal Keime der neuen Partei sein. All das spricht natürlich nicht gegen die Notwendigkeit von organisierter Tätigkeit und theoretischer Auseinandersetzungen über Parteien heute. Es soll bloß die Anmaßung der Polemiken relativiert werden.
- o Die Trennung von ökonomischer und politischer Sphäre ist nicht so direkt wie anno-dazumal. Konflikte mit dem Einzelkapital führen oft zu politischen Auseinandersetzungen mit dem Staat. Hierarchien im Betrieb, die Profitlogik usw werden immer stär-

ker Bestandteil von Kämpfen. Dazu kommt die größere kulturelle Reife der Arbeiterklasse. Das Konzept der Berufsrevolutionäre wirkt heute dementsprechend bevormundend.

- o Die Arbeiterbewegung ist in den meisten Ländern legalisiert, viele konspirative Züge der Bolschewiki sind heute ein Anachronismus.
- o Fragen der persönlichen Emanzipation werden heute sicherlich auch in der Organisationsstruktur viel größeres Gewicht haben als zu Lenins Zeiten.
- o Es ist heute schwer, innerhalb der Lohnabhängigen eine politökonomisch definierte Gruppe als den revolutionären Kern zu bezeichnen. Die unterschiedlichen Bewußtseinsstufen werden mit zusätzlichen Kriterien bestimmt werden müssen.

hans steiner



Diskussionsbeitrag zur Organisationsfrage

Für Sozialisten stellt sich die Frage der Organisation nur in ihrer verflachtesten Form als eine technische Frage. Die Organisation ist nicht einfach Mittel zum Zweck, ihre bloße Instrumentalisierung zeugt entweder von sektiererischer Verengung oder von reformistischer Verwässerung der revolutionären Programmatik der sozialistischen Bewegung selbst. Faßt man diese Bewegung als die Summe aller materialistischen, fortschrittlichen, historisch überlebte gesellschaftliche Strukturen auf allen Ebenen verändernden Kräfte – Erbe und aktueller Träger des Prozesses des dialektischen Fortschreitens der Menschheitsgeschichte – sind vor allem drei Momente dieses Prozesses hervorzuheben: Die Herausbildung von Klassenbewußtsein, die Entfaltung des wissenschaftlichen Sozialismus und die Entwicklung der politischen Organisation der Arbeiterklasse auf nationaler und internationaler Ebene.

Klassenbewußtsein ist die subjektive Bewußtheit des objektiven Widerspruchs von Lohnarbeit und Kapital (Ausbeutung), von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Produkts (Entfremdung) durch die Quelle dieses geschichtlichen Produktionsverhältnisses, des Mehrwerts oder der Mehrarbeit, d.h. ihres Trägers, des Proletariats. Dieses ist – wie Marx sagt – ein "enormes" Bewußtsein, da es sich zu bilden hat über die Durchbrechung des Fetischcharakters der kapitalistischen Produktionsweise, der durchgehenden Tauschbeziehungen, des Scheins, daß alle Arbeit bezahlte Arbeit sei, der verschiedensten Formen der Konkurrenz und Hierarchisierung im Produktionsprozeß, der Arbeitsteilung und Unterschiede in der Qualifikation der Arbeitskraft, des überlagerten Verhältnisses zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt, zwischen Arbeit und Arbeitsprodukt, hinter dem das eigentliche gesellschaftliche Verhältnis, Verwertungsmittel des Kapitals zu sein, verschleiert ist.

Die zur Praxis anleitende, diese fördernde (aber nicht schon beherrschende) Kritik dieses Verhältnisses ist der wissenschaftliche Sozialismus, die dialektische Erfassung der Totalität der gesellschaftlichen Wirklichkeit, ihrer Ursachen und Perspektiven, ihrer Aufhebung.

Schließlich ist die politische Organisation des Proletariats – entwickelt aus ihren materiellen Interessen, welche nur endgültig, radikal wahrnehmbar und verwirklicht sind durch die Zerstörung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – System und Zusammenfassung, Verall-

gemeinerung beider vorheriger Momente, sie ist ihr praktischer Begriff.

Das Lebenselement, in welchem sich dieser praktische Begriff (Klassenbewußtsein und seine wissenschaftliche Artikulierung) voll entfalten kann, ist der Klassenkampf, der Motor der Bewegung von der Klasse an sich zur Klasse für sich. Der Klassenkampf – worin sich die ganze Scheiße auflöst (Marx) – ist Lehrmeister, Schöpfer, Kritiker in einem, eben die dialektische Vermittlung von Spontaneität und Organisation. Denn die Organisation ist nichts Fertiges und Abgeschlossenes – oder sie ist konstruiert und außerhalb der realen Bewegung –, sie reflektiert und akkumuliert alle Erfahrungen des Kampfes, ist selbst den Veränderungen unterworfen, die dieser hervorruft und bewirkt, in den Niederlagen ebenso wie in den Siegen. Sie ist ständig fortschreitendes Resultat der Klassenkämpfe und ihre ureigenste Korrektur. Alle historisch wirklich großen Kumulationspunkte des Klassenkampfes (unabhängig von ihrem Ausgang) – die Pariser Commune, die Russische Revolution 1905 und 1917, der Spanische Bürgerkrieg, die chinesische und die cubanische Revolution, der Mai 1968 in Frankreich, der chilenische Prozeß – demonstrieren in aller Schärfe diese Dialektik von Spontaneität und Organisation, die alle bürokratische und dogmatische Planung und Vorherbestimmung der konkreten Formen und Inhalte der Bewegung über den Haufen geworfen hat.

Dies bedeutet keine Absage an die zu jedem Zeitabschnitt der historischen Entwicklung global notwendigen Konstituierung von Klassenbewußtsein und wissenschaftlich reflektierter gesellschaftlicher Totalität mit der Methode des dialektischen und historischen Materialismus in ihrer selbst noch symbolischen Reife, unabhängig davon, ob Klassenkämpfe stagnieren, ob Handlungsräume weitgehend eingeschränkt sind, ob Reaktion auf allen Linien marschiert. Entscheidend ist ihr Selbstverständnis und Anspruch, die gerade und fast immerzu in solchen historischen Abschnitten zum Selbstzweck, zum Sektierertum degenerieren, wo das Korrektiv der realen Bewegung fehlt oder sich in äußerst verschleierte und verkümmerte Form und Substanz darstellt.

Der wissenschaftliche Sozialismus ist ohne das historische Subjekt, das ihn praktisch verifiziert, ohne das Proletariat nichts als der Hegelsche Geist, der sich nach Selbstvollendung sehnt, ist abstraktes Bewußtsein; umgekehrt ist die proletarische Klasse an sich (ohne Klassenbewußtsein als bloßes ökonomisches Sein) Unglück per Zufall, dunkle Verdammung, individuell je nachdem beschwerlich oder unbeschwerlich empfunden. Das Klassenspezifische dieser Rollenteilung entsprach historisch den Kategorien von Intellektuellen und Proletariern. Diese Rollenteilung ist Ergebnis der kapitalistischen Produktionsweise zutiefst zugrundeliegen-

den Arbeitsteilung, der Trennung von Kopf- und Handarbeit. Die Rolle des Kopfarbeiters als historischer – keineswegs mehr durchgängig aktueller – Träger des wissenschaftlichen Sozialismus ist ebenso bedeutend wie die des Handarbeiters, des historisch – aber gegenwärtig nicht mehr einzig – unmittelbaren Trägers der materiellen, gesellschaftlichen, der kapitalistischen Produktion im Klassenkampf – in der Destruktion des allemenschlichen Beziehungen entfremdenden kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Ihre neuerliche Zertrennung als arbeits- und organisationspezifische in den Parteien und Organisationen des kämpfenden Proletariats, im aktiven Klassenkampf, ist nur ein weiterer Beweis für die Mächtigkeit kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen, deren sichtbare Sich-Durchsetzung selbst noch auf Seiten ihrer schärfsten Negation, des sich organisierenden Proletariats dessen Bürokratisierung, dessen Trennung in Ober- und Untergenossen ist. Hier konstatiert sich die simple Wiederholung der im kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozeß sich herausbildenden Strukturen, der Arbeitswelt als Organisation von Arbeit ebenso wie der scheinbar abgehobenen Welt der Erholung, Konsumtion, dort Technik, Maschinerie, Herrschaft der toten Arbeit über die lebende, hier Kultur, Unterhaltung in Formen und Inhalten und Traditionen toter Geschlechter, die wie ein Alb auf dem Hirn der Lebenden lasten. Beide Sphären als zwei Seiten eines gesellschaftlichen Herrschaftssystems sind vermittelt von qualifizierter Arbeit, Kopfarbeit, die selbst gefangen ist im Schein einer Entscheidungsfreiheit, die sich gegen sie selbst kehrt, aber zunächst und zuletzt immer Herrschaft legitimiert und fundamntiert gegenüber den Interessen und Bedürfnissen des "gewöhnlichen" Proletariats. Allerdings wird ihre Rolle selbst durch die ständig um sich greifende Subsumtion aller Art von Arbeitskraft und Produktionsvermögen unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals einerseits und die damit einherlaufende Vergesellschaftung der Arbeit, der Vergrößerung und Verfeinerung des Gesamtarbeiters andererseits obsolet gemacht, sie verliert ihren Glorienschein, der aller Kopfarbeit anhaftet, wird nicht nur zum potentiellen Verbündeten, sondern unmittelbaren Mitbeteiligten am Klassenkampf. Freilich kann ihre objektive Proletarisierung, ihr "schechteres" Sein das "bessere" Bewußtsein nicht automatisch überwinden, ebenso wie das "bessere" Leben des modernen Industrieproletariats nicht dessen tendenzielle Kleinbürgerlichkeit begründen helfen kann. Während die Masse der gewöhnlichen (unqualifizierten) Lohnarbeiter in sich immer kohärenter wird, vollzieht sich zugleich die Herausbildung einer Massenintelligenz, deren Einbeziehung in den Klassenkampf sich selbst überall dort vollstreckt, wo überhaupt gesellschaftliche Konflikte offen aufbrechen und auf der Tagesordnung stehen: in Italien und Frankreich läßt sich das täglich beobachten.

Dort zeigt sich dann auch die Autonomie der Arbeiterklasse gegenüber allen Organisationsinstanzen, Parteien und Gewerkschaften gleichermaßen, die versuchen, die Bewegung, die Klassenkämpfe einfach zu "führen", anstatt sich am Rhythmus und an der Logik zu orientieren, sie aufzugreifen, deren fortgeschrittenste Tendenzen, Ideen und Forderungen sich zu eigen zu machen. Dort zeigt sich auch die Autonomie einer wissenschaftlich-sozialistischen Intelligenz, die sich nicht zu Legitimationszwecken irgendeiner "Parteiideologie" oder ausgeheckter Strategie und Taktik mißbrauchen läßt. Dort gibt es einen nicht zur leeren Phrase gedroschenen Begriff der proletarischen und internationalen Solidarität in seiner lebendigen, weil praktischen Gestalt, übrigens auch im Verhältnis unter den verschiedenen Parteien, Gruppen und Strömungen der organisierten Arbeiterbewegung zueinander.

Hier heißt es nun für uns nicht zu warten auf bessere Zeiten, sondern in diesen finsternen dieses Licht nicht aus den Augen zu verlieren, wenn wir uns organisieren: kämpfen und diskutieren. Wir : Arbeiter, Angestellte, Intellektuelle, Studenten.

zsolt patka

Zur Organisierung linker Studenten

Die Autoren dieses Beitrages sind studentische und nichtstudentische Mitglieder der FÖJ/Bewegung für Sozialismus. Wir wollen nachweisen, daß eine autonome linke Studentengruppe kaum ihrem linken Anspruch gerecht werden kann. Daß es trotz verschiedener Konfliktmöglichkeiten sowohl Studenten als auch Lohnabhängigen weiterhilft, wenn sie sich gemeinsam organisieren, wenn sie ihre Politik ohne Bevormundung gemeinsam bestimmen und nur die spezifischen Probleme von Studenten, Arbeitern und Angestellten in einer gesonderten und autonomen Form zu lösen versuchen.

1. Politische Motivationen bei Studenten

- Einen zentralen Ansatzpunkt zur Politisierung von Studenten bietet die Familie mit ihrer autoritären Struktur. Im Gegensatz zur Arbeiterfamilie mit ihrer offen autoritären Erziehungsmethode wird den Kindern aus gehobenen Schichten theoretischer Anspruch auf Freizügigkeit und liberale Betrachtungsweise vermittelt. Die größtenteils bewußte Erziehungs-

methode durch Liebesentzug, die subtilen Herrschaftsformen in solchen Familien verursachen die wachsende Loslösung von der unmittelbaren Bindung an die Familie durch Schule, Freunde und die Erkenntnis des Widerspruchs zwischen Theorie und Realität.

Dies führt nicht selten zu einem antiautoritären Aufbegehren, das - oft verbunden mit dem Studienbeginn - in einer Loslösung vom Elternhaus endet. Die Konfrontation mit der gesellschaftlichen Realität macht deutlich, daß die zur Schau getragene Liberalität nicht mehr ist, als hohler Schein, hinter dem sich Zweckrationalität und Unterdrückung verbirgt. Weiters ist für die Herausbildung kritischen Bewußtseins aus den anfänglich rein antiautoritären Verhaltensweisen, die erziehungsbedingte Fähigkeit, sich theoretisch mit Problemen auseinanderzusetzen, wesentlich. In einer Zeit unterentwickelter Klassenkämpfe spielt diese Fähigkeit eine große Rolle, da durch sie individuell erfahrene Leiden auf ihre gesellschaftlichen Ursachen zurückgeführt werden können.

o Wenngleich die Studenten keine einheitliche Schicht darstellen, kann man doch von einer relativen finanziellen Unabhängigkeit sprechen, da der Großteil Söhne und Töchter mittlerer und höherer Angestellter, Intellektueller oder freiberuflich Tätiger sind.

o Kinder aus sozial niederen Schichten und Klassen, wie Arbeiter, Bauern und niedere Angestellte stellen nur einen geringen Anteil der Studierenden dar. Obwohl es naheläge, daß gerade diese Studenten am ehesten motiviert wären, sich kritisch mit der Gesellschaft und ihren Widersprüchen auseinanderzusetzen, da sie ja die Interessen ihrer eigenen Klasse vertreten würden, finden wir unter ihnen ebenso Angepaßte und Karrierebewußte. Da sie unter großem finanziellem Druck stehen, sind sie eher bereit, sich mit dem bestehendem Leistungsprinzip zu identifizieren. Sie glauben ebenso ihr Glück individuell erkämpfen zu können, indem sie die Stufenleiter "nach oben" erklimmen.

Sie sind am stärksten in naturwissenschaftlich-technischen Studienrichtungen vertreten, am geringsten unter den Sozial- und Geisteswissenschaften (den sogenannten "brotlosen" Wissenschaften). Unter letzteren (besonders Soziologie, Politologie, Psychologie, Philosophie) waren bis vor kurzem jene Studenten vertreten, die bürgerlicher Herkunft sind und durch diese Studienwahl die durch ihre Klassenherkunft ausgelösten Schuldgefühle tilgen wollten. Durch die immer stärker werdende technokratische Ausrichtung (Meinungsforschung) und die Aufhebung des Jusmonopols für den Staatsdienst wird auch diese Studienrichtung für "Aufsteiger" interessant.

o Arbeiter unterliegen einem viel reglementierterem Leben als Studenten und auch berufstätige Intellektuelle. In der Arbeit müssen meistens

Routinetätigkeiten ausgeübt werden. Sie haben objektiv wenig Freiräume, ihr Schicksal ist zeitlich und tätigkeitsmäßig vorbestimmt. In der Freizeit fällt es dann schwer, aus diesem Rhythmus auszubrechen und ohne äußere Gängelung Interessen und Hobbies selbständig zu formulieren und zu verwirklichen.

Uns sind die immer stärker werdenden Zwänge an den Universitäten bewußt, dennoch haben Studenten mehr Möglichkeiten, ihre Ausbildung und viel mehr noch die Freizeit selbst zu bestimmen. In Perioden nicht stattfindender Klassenkämpfe, in denen es nur für Einzelpersonen möglich ist, sich als Linke zu engagieren, sind diese Freiräume eine wesentliche Voraussetzung, um sich mit der gesellschaftlichen Realität auseinanderzusetzen.

o Gerade in den Familien des Bildungsbürgertums und der gehobenen Angestellten, aus denen sich ein Großteil der Studenten rekrutiert, wird den Kindern ein Gerechtigkeitsinn übermittelt, der noch von den alten bürgerlichen Idealen geprägt ist. Werden Schüler und Studenten aus diesen Familien nun mit Gegebenheiten konfrontiert, die ganz offensichtlich in krassem Widerspruch zu ihren Idealen (Gleichheit, Freiheit) stehen, ist häufig moralische Empörung die Folge. Die extreme Ungleichheit zwischen den Ländern der "Dritten Welt" und Mitteleuropa, die Ungleichheit der Chancen auf Hochschulbildung u. a. m. haben zu breiten Bewegungen und Politisierungsprozessen geführt.

Solche Beweggründe als Ausgangspunkt für linke Politik haben heute nicht mehr denselben Stellenwert wie früher. Auch haben sich die Schwerpunkte verschoben. Heute stehen eher Konflikte im eigenen Land im Mittelpunkt (Situation der Häftlinge; der Jugendlichen, die straffällig wurden), an denen sich (wie z. B. in der BRD die "Rote Hilfe") Bewegungen kristallisierten. Auf Grund des moralisch bedingten sozialen Engagements werden seine Träger bald mit den Schranken der kapitalistischen Gesellschaft konfrontiert. Die Gesellschaftsordnung als Ganzes, die anfangs als durchaus verbesserbar erschien, wird zunehmend als Ursache für all die Unzulänglichkeiten erkannt.

o Derselbe Prozeß vollzieht sich im Ausbildungsbereich. Unter dem Schein der Wertfreiheit werden wissenschaftliche Methoden und Inhalte vermittelt. Sobald jedoch diese in der Praxis angewendet werden, muß man die wissenschaftliche Unzulänglichkeit erkennen, die darauf beruht, daß weder die Theorie an der Praxis überprüft wird, noch der gesellschaftliche Bezugsrahmen hergestellt wird. So führten z. B. Soziologiestudenten eine Untersuchung in einem Betrieb durch, wo die Arbeitszufriedenheit ermittelt werden sollte. Nach Abschluß der Studie, die einen überdurchschnitt-

lich hohen Grad an Arbeitszufriedenheit ermittelte, brach in dem untersuchten Betrieb ein Streik aus. Die an den Universitäten gelehrt Einheit von Theorie und Praxis zerbrach für jene Studenten offensichtlich an der Praxis selbst. Dies stellt für viele Studenten einen wichtigen Ansatzpunkt dar, Ausbildungsinhalte und Gesellschaft in Beziehung bringen zu wollen, was heißt, sich politisch damit auseinanderzusetzen.



2. Die Notwendigkeit der Organisation

Studenten werden zwar vielleicht heute eher bereit sein, sich politisch zu engagieren als Arbeiter und Angestellte, viele lehnen aber eine organisierte Tätigkeit ab, nicht nur, weil die bestehenden Gruppierungen zu wenig attraktiv sind, sondern weil oft Organisation absolut mit Einschränkung der persönlichen Freizügigkeit gleichgesetzt wird, und eine Abneigung gegen jede Art von Bevormundung besteht. Die Hierarchisierung und Versteinerungen der Organisationen der Arbeiterklasse hat bei vielen linke Studenten eine Organisationsfeindlichkeit erzeugt. Ausdruck dieser Haltung war die Stärke der antiautoritären Studentenbewegung, deren Scheitern unter anderem durch ihre Illusionen bedingt war, ohne kontinuierliche Organisation gesellschaftsverändernd wirken zu können.

Es wurde ignoriert, daß das gesamte menschliche Leben von Organisationen und Institutionen bestimmt, das heißt die Herrschaft von Wenigen über die überwiegende Mehrheit abgesichert ist. Um grundsätzlich neue zwischenmenschliche Beziehungen zu entwickeln, müssen die gesellschaftlichen Bedingungen verändert werden. Dies ist jedoch nur erreichbar, wenn Institutionen wie Justiz-, Militär-, Bildungsapparat u. a. m., die die Zementierung der heutigen Gesellschaftsverhältnisse garantieren, aufgehoben werden.

Dies als Einzelner zu versuchen, kommt einem Kampf gegen Windmühlen gleich. Nur ein einheitliches Vorgehen in kontinuierlichen und gemeinsamen Kämpfen kann der Totalität des Kapitalismus Widerstand leisten und zur Brechung der Herrschaft dieses Systems führen. Dieser notwendigen Vereinheitlichung engagierter Menschen und der Erarbeitung einer wirksamen Strategie und Taktik für gemeinsame Aktionen dient die politische Arbeiterorganisation. Daraus resultiert aber auch der Stellenwert der Organisation. Ihre Existenz darf nicht zum Selbstzweck werden, sondern muß der Erreichung des Zieles untergeordnet werden.

Unter diesem Gesichtspunkt ist Aufbau und Struktur der Organisation zu bestimmen, insbesondere einer Organisation, die sich als marxistisch versteht. Daraus resultiert auch unsere Kritik an den Organisationsstrukturen von KSV und VSStÖ, aber auch an MLS und GRM.

Allen diesen Organisationen ist eines gemeinsam, sie leiten ihre Organisationsstrukturen nicht aus einer marxistischen Analyse der jetzigen gesellschaftlichen Bedingungen ab, sondern hängen sich entweder an ihre Mutterparteien an oder versuchen, traditionelle Parteimodelle unreflektiert zu kopieren.

Damit verletzen sie gleichzeitig die Richtigkeit der These Lenins, daß 'das Organisatorische nicht vom Politischen' getrennt werden kann und Fehleinschätzungen in der Politik zwangsläufig zu falschen Organisationsstrukturen führen und umgekehrt, eine nicht gesellschaftsbezogene Organisationsform ein Begreifen sämtlicher gesellschaftspolitischer Phänomene erschwert oder im Extremfall sogar unmöglich macht.

3. Keine eigenständige Organisierung von Studenten

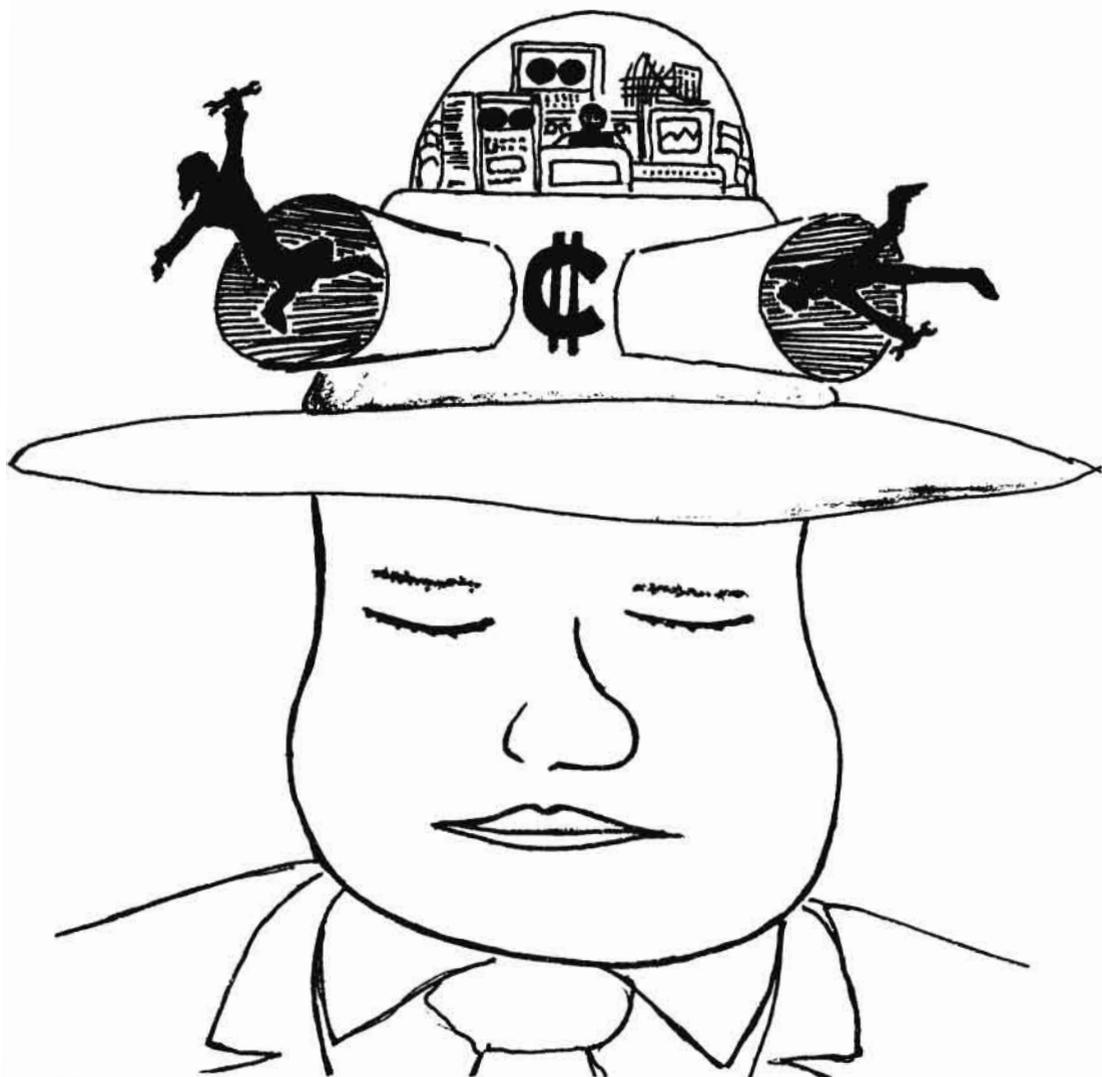
In den vorigen Abschnitten versuchten wir abzuleiten, warum die Unzufriedenheit einen organisatorischen Ausdruck finden sollte. Viele Studenten werden in dieser allgemeinen Gedankenführung übereinstimmen. Von vornherein wird aber kaum einsichtig sein, daß eine vollkommen von anderen gesellschaftlichen Gruppen autonome Organisierung der Studenten diese entweder – wenn sie einen linken Anspruch hat – noch verstärkt in die Isolation in einer großen Organisation treibt, oder – wenn sie bloß Studenteninteressen zu vertreten vorgibt – sich kaum von anderen Standesvertretern unterscheidet.

Die MLS trennt zumindest verbal strikt zwischen Arbeiter- und Studentenorganisation. Die Studentenorganisation wird zu einer Vorfeldorganisation der Arbeitervereinigung erklärt, es besteht ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Studenten und der zumindest bisher nur theoretisch vorgestellten wahren KP. Bei den etablierten Arbeiterpar-

teien wird das Problem der Organisierung von Studenten ähnlich gelöst. Wenn man sich besonders liberal gibt, dürfen die Studenten sich mit ihren von der offiziellen Linie abweichenden Ansichten auf eingezäunten Spielwiesen anbrüllen. Die Studenten haben im Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Partei – außer vielleicht in Fragen der Hochschulen – als Gruppe kaum etwas mitzureden. Kritisieren wir an den meisten linken Gruppen die Geringschätzung von Intellektuellen und die daraus abgeleitete theoretische Bedeutungslosigkeit der Intelligenz als Gruppe in linken Vereinigungen, so lehnen wir auf der anderen Seite jeden Versuch ab, studentische Probleme als rein Studenten betreffende Angelegenheiten zu begreifen. Das Schicksal der Hochschule entscheidet sich nicht auf der Hochschule, der Stand der Kämpfe zwischen den entscheidenden Kräften der Gesellschaft, nämlich Lohnarbeit und Kapital, ist der letztliche Faktor für die jeweilige Struktur unserer Universitäten. Wenn fortschrittliche Studenteninteressen nicht die Unterstützung der Arbeiterbewegung erhalten, sind sie zur Ohnmacht verurteilt. Ohne Verbündete außerhalb der Universität werden die Studenten auch bei ihren ureigensten Forderungen nicht weiterkommen.

Die gesellschaftliche Klassenscheidung spiegelt sich auch bei den Studenten wider. In materiell - finanzieller Hinsicht würden wir es für bedenklich finden, wenn für alle Studenten, ungeachtet ihrer sozialen Lage, ein Studentengehalt gefordert wird, in Fragen der Gestaltung des Universitätsbetriebes geht es nicht primär um eine Übernahme des heutigen Entscheidungsmonopols der Professoren durch Mittelbau und Studenten, sondern um eine engere Beziehung des Wissenschaftsbetriebes mit den aktuellen und historischen Zielen der Lohnabhängigen. Die Studenten sind eine Übergangsschicht, sowohl klassenmäßig als auch zeitlich. Sie werden kaum mehr die Positionen ihrer Eltern einnehmen, sie werden sich in der Klassenhierarchie mit weniger zufrieden geben müssen. Aber erstens betrifft dieser Deklassierungsprozeß nicht alle Studenten, sie sind davon unterschiedlich betroffen, zweitens werden sie noch immer zu den Privilegierten innerhalb der Arbeiterklasse zählen und drittens kann einem die Erkenntnis, daß frühere Hoffnung Illusionen sind, noch stärker in den Schoß der Verteidigung von Standesinteressen führen. All diese Gründe verunmöglichen es uns, einer vollkommen autonomen Hochschulgruppe, die auch ganz selbständig ihre Politik bestimmt, das Wort zu sprechen. Intellektuelle sind zwar nicht mehr nur durch individuellen Klassenverrat für den Sozialismus gewinnbar, aber sie unterscheiden sich doch in vielen Fragen von anderen Teilen der Lohnabhängigen, was eine gewisse Form der Selbständigkeit erfordert.

Wir stehen vor einem Dilemma: die Intellektuellen sind noch immer gegenüber den restlichen Teilen der Lohnabhängigen bevorzugt, die Intellektuellen werden auch auf diese Vorteile pochen, was sollen die Linken tun? Einen Ausgleich finden, oder sie ob ihrer Standesdünkel total kritisieren? Kann man von Ärzten, Richtern, Lehrern usw. verlangen, einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn zu akzeptieren oder ist es sinnvoller, Kompromisse zu schließen, Teile der Intelligenz nicht zu totalen Feinden der Arbeiterbewegung machen ?



Immer größere Teile der Intelligenz sind für die organisierte Arbeiterbewegung gewinnbar. Da die Intelligenz in der Klassenstruktur mengen- und bedeutungsmäßig für eine linke Strategie von stetig steigendem Wert ist, lehnen wir in einer linken Organisation eine Entscheidungshierarchie der verschiedenen Gruppen untereinander ab. Die Intelligenz ist nicht nur ein Adressat für die vorgestellten und wirklichen Arbeiter, die Mehrheit der Intelligenz ist zu einer spezifischen Schicht innerhalb der Arbeiterbewegung geworden und deshalb auch ein gleichberechtigter, notwendiger Teil innerhalb der Organisation.

4. Gemeinsame Organisation von Arbeitern, Angestellten, Studenten und Lehrlingen

Dieser Abschnitt entspricht konkreten Erfahrungen in der FÖJ/Bewegung für Sozialismus. Das Miteinander von Studenten, Intellektuellen, Arbeitern, Angestellten und Lehrlingen schafft ein beträchtliches Spannungsfeld, aber andererseits ist eine solche Struktur, wie schon vorher erwähnt, dennoch die einzige Möglichkeit für eine realitätsgerechte und effektive linke Politik. Die unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen für verschiedene soziale Schichten, kontinuierlich linke Politik im Rahmen einer Organisation betreiben zu können, findet innerhalb der Organisationsstruktur leider auch seinen hierarchischen Ausdruck. Diejenigen, die mehr Zeit haben, die am Abend nicht total erschöpft sind, sind sicherlich bevorzugt. Aus verschiedenen Gründen besteht auch ein beträchtliches Informations- und Denkgefälle. Es wäre falsch, aus diesen unterschiedlichen Bedingungen der Einzelnen für politisches Engagement eine Theorie der intellektuellen Avantgarde abzuleiten. Wir befinden uns jetzt nicht in einer Zeit entwickelter Klassenkämpfe; die große Mehrheit der Lohnabhängigen sieht sich momentan nicht motiviert, in einer langfristigen Form antikapitalistische Politik zu betreiben. Linke Politik ist auf eine winzige Minderheit beschränkt und unterliegt Gesetzen, die Intellektuellen viel mehr Möglichkeiten verschaffen als Arbeitern. Politische Identifikationen lassen sich heute viel leichter durch abstrakte Theorien als durch die (fehlenden) konkreten Kämpfe herstellen. Die Intellektuellen stehen in einem solchen Lebenszusammenhang, in dem ein theoretisches Selbstverständnis als politische Motivation genügt. Arbeiter brauchen kurzfristige Erfolgsbestätigungen für ihr Engagement. Ohne konkrete Ergebnisse in einer Praxis werden sie viel leichter resignieren als Studenten. Deshalb ist es auf der einen Seite ganz einfach ein unumgekehrbares Faktum, daß in Zeiten kaum bestehender Klassenkämpfe Intellektuelle in linken Gruppen einen über ihre zahlenmäßige Bedeutung hinausgehenden Einfluß ausüben, andererseits würde eine Nichtinfragestellung

einer solchen Konstellation die Organisation zu einer Sektenhaftigkeit verurteilen, Lernprozesse innerhalb der Organisation in Frage stellen und weiters eine überhebliche, realitätsfremde Politik zur Folge haben.

Wir glauben gegenüber den anderen links von der SPÖ und KPÖ bestehenden Gruppen, organisatorisch diese Problematik besser zu lösen, trotzdem zeigen sich bei uns viele Konflikte zwischen Studenten und Arbeiter/Angestellten, die eine gemeinsame politische Arbeit und persönliche Kontakte schwer machen. Ob die Studenten wollen oder nicht, stellen sie an Arbeiter Ansprüche auf verschiedensten Ebenen, die auch selten unter Studenten gerechtfertigt sind, die aber von Personen mit einer regelmäßigen Beschäftigung, einem Haushalt, Kindern und einer rigiden Erziehung nicht einlösbar sind. Am Arbeitsplatz steht man größeren Schwierigkeiten gegenüber, Politik zu machen als z. B. an der Universität. Studenten sind meist ohne Familienbindung, sie haben mehr freie Abende. Diverse politische Aktivitäten scheinen Arbeitern sinnlos, wie z. B. monatelange Grundsatzdiskussionen – auch wenn sie "objektiv" notwendig sind. Bei vielen Studenten paaren sich diese überfordernden Ansprüche an die Lohn- und Gehaltsempfänger mit einem missionarischen Bewußtsein: "Die Arbeiter seien nicht bereit, sich so intensiv politisch wie sie zu engagieren, das drücke mangelndes politisches Bewußtsein aus und Aufgabe der Studenten sei es, dies den Arbeitern ständig klarzumachen." Sicherlich bedeutet die heutige Familienstruktur und das Freizeitverhalten der meisten Lohnabhängigen eine Schranke für eine politische und persönliche Weiterentwicklung. Wenn aber Studenten nicht sehen, daß es für sie viel leichter ist, aus diesen Zwängen auszubrechen und Wohngemeinschaften zu gründen und Freizeit, persönliche Entfaltung und Politik zu verbinden, als das bei Arbeitern der Fall ist, bewirken sie bei Arbeitern den umgekehrten Effekt. Sie werden total verunsichert, ohne daß sie die ungebotene Alternative verwirklichen können. Schließlich ist der 'Proletkult' einiger Studenten – als Folge ihres Schuldgefühles, privilegiert zu sein und deshalb besonders andächtig der Arbeiterklasse dienen zu müssen – ein Hindernis für eine vertrauensvolle Beziehung.

Neben dem studentischen "Fehlverhalten" gibt es genauso Vorurteile der Arbeiter gegenüber den Studenten, die ständig auftreten. Die Studenten, auch die linken, werden zu denen "da oben" hinzugezählt, die man aus Steuergeldern speist. Leider stimmt oft genug der Vorwurf der Arbeiter gegenüber linken Studenten, daß für sie Politik eher etwas Vorübergehendes ist, daß die Studenten fünf Jahre lang superrevolutionär sind und dann in ihren privilegierten Berufen zu kuschen beginnen. Die oft andere Sprache der Studenten wird von den Arbeitern als Herrschaftsmittel oder

als Unsinn empfunden, meistens steckt dahinter nur Unsicherheit der Studenten. Die intensivere Beschäftigung mit Theorien verändert die linken Studenten noch nicht zu realitätsfremden Spinnern. Marx sagt, daß keine Theorie erforderlich wäre, wenn Oberflächenrealität und Wesensrealität identisch wären. Manchmal werden Studenten nicht ernst genommen, weil sie Spinner sind, oder es kommt im Gegensatz dazu vor, daß Arbeiter gegenüber Studenten sich erniedrigen, sich selbst jede Fähigkeit eines theoretischen Engagements absprechen und dies den Intellektuellen in der Organisation überlassen.

5. Wie Konflikte abbauen ?

Politische Organisationen werden bestimmt keine sozialistischen Inseln. Patentrezepte zu suchen, ist auch sinnlose Arbeit. Theoretisch lassen sich einwandfreie, überzeugende Lösungen finden, in der Praxis wird es zu vielen Kompromissen kommen müssen. Eine buchstabengetreue Übernahme des Leninschen Parteikonzepts wäre fehl am Platz (siehe dazu Aufsatz über Leninsche Kaderpartei). Neben diversen anderen Gründen würde eine solche Modellübernahme nur den Studenten die Möglichkeit geben, Berufsrevolutionäre zu werden und die Arbeiter wären bloße Vermittlungsglieder, Vollzugsorgane der von den Studenten ausgeheckten Weisheiten. Heute geht es nicht primär um das lupenreine Programm, das "naturgegebenerweise" nur die Intelligenz zu erarbeiten imstande ist. (Wir bezweifeln überhaupt, daß in Situationen, in denen Programmatiken nicht in der Praxis überprüft werden können, diesen eine übermäßige Wichtigkeit beigemessen werden soll. Sie sind eher als Schulungsmaterial sinnvoll als für ein wissenschaftliches Selbstverständnis und Handlungsanleitung bezüglich der nächsten 10 Jahre). Wir scheuen uns nicht, gewisse, hauptsächlich nur für Intellektuelle geeignete Aufgaben und Funktionen der Organisation geringer zu bewerten, um einen Arbeitsstil und Zielsetzungen zu finden, die es sowohl Intellektuellen als auch Arbeitern ermöglichen, so gleichberechtigt wie möglich zusammen zu wirken.

Eine hierarchische Struktur, bei der sich jedes Mitglied den Theorievorstellungen der obersten Kader (Pol Büro) unterordnen muß, erschwert diesen Prozeß und wird daher von uns abgelehnt. Bei der Größenordnung unserer Organisation ist es notwendig, aber auch noch möglich, Strukturen zu verwirklichen, die es dem Einzelnen ermöglichen, unmittelbar an der Erarbeitung der politischen Aufgabenstellung mitzuarbeiten. Wir negieren jedoch nicht, daß auf Grund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung nicht jeder die gleichen Möglichkeiten, Fähigkeiten und auch Interessen hat, an der Gestaltung dieser Politik mitzuwirken.

Auch leugnen wir nicht, daß in unserer Organisation Hierarchiestrukturen vorhanden sind, aber wir versuchen durch einen kontinuierlichen Politisierungsprozeß, mit Kontrollen von der Basis diesen Strukturen entgegenzuwirken. Die Leitung unserer Organisation hat nicht in erster Linie die Aufgabe, die Mitglieder zu bevormunden und zu belehren, sondern die Bedingungen zu schaffen, die theoretischen und praktischen Erfahrungen der Genossen aus den unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen zu verwirklichen, zu analysieren und zur Diskussion zu stellen. Sie ist in erster Linie Koordinator unserer Aktivitäten und jedes Leitungsmitglied wie auch die gesamte Leitung ist jederzeit durch den Willen der Mitglieder veränderbar. Schließlich hat ein weiteres Element bei der Herausbildung unserer Organisationsstruktur eine Rolle gespielt. Wir haben erkannt, daß die Fähigkeit der Organisation, in gesellschaftlichen Konflikten zu intervenieren, von ihrer Flexibilität abhängig ist, und straffe Organisationsmechanismen ein schnelles Reagieren auf diese Konflikte hemmen. Diese Überlegungen haben uns veranlaßt, folgendes Organisationsschema zu entwickeln, das uns derzeit am geeignetsten erscheint, unseren politischen Aufgaben gerecht zu werden.

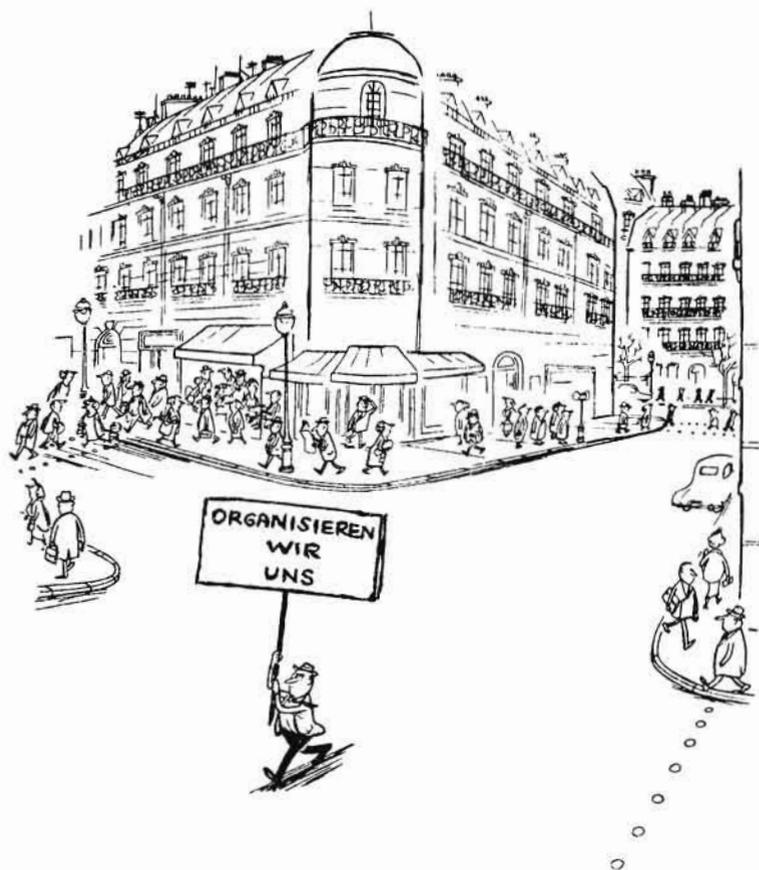
6. Organisationsstruktur der FÖJ-Bewegung für Sozialismus

Wie gelingt es, jene, die zwar bereit sind, sich zur Vertretung ihrer unmittelbaren Interessen auf Teilgebieten zu organisieren, aber nicht Mitglieder der politischen Organisation werden wollen, dennoch zu berücksichtigen?

Wir haben uns deshalb in Basisgruppen organisiert, in denen Mitglieder wie Nichtmitglieder der Organisation Möglichkeiten zur politischen Willensbildung und zur Festlegung von Aktionen im Rahmen dieser Gruppen haben. Die Gesamtheit der politischen Willensbildung der Organisation ist jedoch nicht die Addition der Ergebnisse der einzelnen Gruppen, sondern entsteht in Vollversammlungen bzw. Konferenzen, in denen gemeinsam die Aufgabenstellung erarbeitet wird. Aufgabe der FÖJ-Genossen in den Basisgruppen ist es, Initiatoren der Aktivitäten in diesen Bereichen zu sein und gleichzeitig die Grenzen der politischen Aktivität auf nur einem Gebiet zu zeigen.

Wir wissen, daß dadurch Konflikte entstehen können, doch wir sind überzeugt, daß heute der Schwerpunkt linker Tätigkeit darin liegt, Initiativen zu setzen und Bewußtseinsveränderungen herbeizuführen. Das ist je-

doch nur möglich, wenn politische Aktivitäten aus Erfahrungsprozessen abgeleitet werden und nicht in erster Linie dadurch entstehen, daß einige wenige "Theoretiker" die anderen bevormunden. Politische Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Basisgruppen und der übrigen Organisation können nur politisch ausgetragen werden, und nicht unter Zuhilfenahme von Statuten. Die "Grundsätze der FÖJ-Bewegung für Sozialismus" sind die Basis für die politische Tätigkeit der Organisation. In der heutigen Situation halten wir es für politisch falsch und gefährlich, auf die Aktivitäten und Erfahrungen derjenigen zu verzichten, die sich noch nicht vollinhaltlich mit den Grundsätzen der Organisation identifizieren können. Wir setzen hier auf unsere politische Praxis, die beweisen soll, daß die Selbstorganisation nur nach Interessensgebieten nicht genügt, um selbst diese Interessen wahrnehmen zu können, sondern, daß es notwendig ist, die Entwicklung einer marxistischen Organisation zu fördern und ihre Existenz zu sichern.



Weil wir aber das Element der Selbstorganisation als wichtigen Beitrag zur Entwicklung politischer Aktivitäten betrachten, sind die Basisgruppen unserer Organisation für jene offen, die bereit sind, auf diesem Gebiet mit uns zusammenzuarbeiten. Unsere Genossen arbeiten in Interessensgebieten, die außerhalb der Organisation entstehen (wie Institutsgruppen z. B.), ohne sich als Avantgarde zu verstehen, sondern um ihren Beitrag zur Entwicklung politischer Alternativen zu leisten.

Diese Organisationsstruktur erfordert weit mehr politisches Selbstbewußtsein und auch Selbstdisziplin als Kaderorganisationen althergebrachten Stils. Das Engagement der einzelnen Genossen beruht nicht auf Leistungsdruck, Autoritätsgläubigkeit und Statuten. Man tritt nicht als der große Revolutionär auf, der auf alles eine Antwort weiß und den anderen Erfahrungen und das Denken abnimmt. Erkenntnisprozesse sollten nicht durch vorgegebene autoritäre Weisheiten abgeschnitten werden. Wir sehen es als unsere Aufgabe, alle Keime der Selbstorganisation kritisch, aber nicht bevormundend, zu fördern.

christl goldberg
kurt langbein
hans steiner
schan margulies

die geschichte der föj - bfs

FRITZ KELLER + RED - KOLL

Die FÖJ wurde auf Initiative der KPÖ gemeinsam mit der SPÖ und ÖVP 1945 gegründet. Ähnlich der Konzeption einer Einheitsgewerkschaft (ÖGB) sollte die FÖJ eine Einheitsjugendorganisation werden. Ihre Funktion war in zweifacher Hinsicht festgelegt worden: Die österreichische Jugend in antifaschistischem und demokratischem Geist zu erziehen und ihr die Möglichkeit zu geben, für ihre Interessen organisiert einzutreten. Bereits im Jahr 1945 zeigte sich, daß diese Vorstellungen unrealistisch waren. SPÖ und ÖVP gründeten ihre eigenen Jugendorganisationen. Die FÖJ wurde de facto die KPÖ-Jugendorganisation. Dennoch vermochte die FÖJ in den ersten Nachkriegsjahren trotz der damals einsetzenden weitgehenden Isolierung der KPÖ Massenaktionen junger Arbeiter zu initiieren und durchzusetzen (Jugendschutzgesetz, Oktoberstreik usw.). Die Krise der traditionellen Parteiorganisationen und der rapid sinkende Einfluß der KPÖ insbesondere nach den Ungarereignissen 1956 wirkten sich auch auf die die Mitgliederzahl und auf die Aktionsfähigkeit der FÖJ erheblich aus und reduzierten sie schließlich zu einer "reinen" Nachwuchs- und Erziehungsorganisation der KPÖ. Sämtliche politische Entscheidungen, Inhalt, Form und Aufbau der Organisation wurden in den Parteigremien beschlossen. Die FÖJ-Leitung wurde zu einem Ausführungsorgan degradiert, obwohl sie offiziell noch immer die "unabhängige" demokratische Jugendorganisation war.

Die internationale Jugend- und Studentenbewegung der 60-er Jahre, das innerösterreichische Ghetto und die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der KPÖ (nach dem XX. Parteitag der KPdSU), stärkten die Impulse auch innerhalb der FÖJ, der Organisation neue Inhalte zu geben. Diese Impulse kamen auf dem 19. Parteitag der KPÖ (1965), der von der gegenwärtigen KPÖ-Führung mit der Etikette "Sieg des Revisionismus" versehen wird, zum Durchbruch: Entscheidend und wesentlich am 19. Parteitag war das Signal, die Partei zu ändern: sie aus einer revolutionär sein wollenden in eine revolutionäre Partei umzuwandeln Ausschlaggebend war für den 19. Parteitag: Überwindung der sektiererischen Haltung gegenüber der SPÖ (im Gegensatz zu heute), die Infragestellung des bürokratischen Zentralismus, die Verarbeitung der nationalen Besonderheiten und der Verzicht auf den Anspruch, die einzige revolutionäre Kraft in Österreich zu sein; weiters das kritische Herangehen an die Probleme der kommunistischen Weltbewegung (1)". Interessant war in diesem Zusammenhang, daß die versteinerten Formen und Inhalte der FÖJ zu diesem Zeitpunkt dazu führten, daß die FÖJ-Bundesleitung weit- aus "konservativere" Vorstellungen über Jugendarbeit hatte als die Parteiführung der KPÖ. Nebenbei sei erwähnt, daß die Funktionäre des damaligen FÖJ-Bundessekretariats jetzt fast alle entscheidenden Positionen im KP-Apparat innehaben.

Durch diese Umstände verzögert, wurden die Vorstellungen des 19. Parteitages der KPÖ in der FÖJ nur langsam durchgesetzt. Erst auf der Bundeskonferenz im Jahre 1967, zur Zeit der sich langsam anbahnenden internationalen Jugend- und Studentenrevolte, wurden die Weichen gestellt. Auf dieser Konferenz wurde festgelegt, daß die FÖJ künftig hin primär nicht Nachwuchsorganisation der KPÖ, sondern eine Organisation im Interesse der Jugendlichen sein sollte, daß die Leitung der Organisation von einem Vollzugsorgan der Beschlüsse der KPÖ zu einem echten Leitungsorgan werden sollte. Der allgemeine Hintergrund dieser Beschlüsse war das Bestreben, aus der Erstarrung und Isolation, in die die FÖJ und die KPÖ durch die sogenannten 1934- und 1945-Kommunisten geraten war (für die die Angehörigkeit bei der KPÖ vor allem moralisch motiviert war), zu überwinden, einen Demokratisierungsprozeß einzuleiten.

Mitten in diesen Umgruppierungsprozeß innerhalb der FÖJ und auch der Gesamtpartei kam dann der Prager Frühling ab Jänner 1968: zum ersten Mal seit zwanzig Jahren Stalinismus war eine kommunistische Partei im Ostblock nicht für, sondern durch die Massen tätig; zum ersten Mal ent-

wickelte sich die für den Sozialismus lebensnotwendige offene Diskussion. Verständlich, daß die FÖJ von diesem Prozeß nicht unberührt bleiben konnte: die Organisation pflegte intensive Kontakte mit den Parteistellen in der Tschechoslowakei, vor allem mit dem tschechischen Jugendverband. Durch dieses Naheverhältnis mit dem Prager Frühling entwickelte die FÖJ ein neues Verständnis der gesellschaftlichen Verhältnisse in den osteuropäischen Staaten, das für die Organisation auch heute noch Gültigkeit besitzt: Als wesentliche Aspekte des Prager Frühlings wurden und werden (neben der Herausbildung eines neuen Sozialismusmodells, wie schon erwähnt) die allmähliche Entwicklung von jederzeit abberufbaren Räten und ein breiter Politisierungsprozeß in der Bevölkerung angesehen, wobei es für die FÖJ verständlich ist, daß nach zwanzig Jahren Stalinismus das Auftreten reformistischer und konterrevolutionärer Strömungen und Bewegungen unvermeidlich ist; was aber nicht daran hindern soll, diesen Prozeß trotzdem in Gang zu setzen.

Diese Entwicklung innerhalb der FÖJ und auch innerhalb der KPÖ wurde durch die Ereignisse des 21. August 1968 in der CSSR jäh unterbrochen. Zwar wurde die Besetzung der Tschechoslowakei durch sowjetische Truppen nicht nur von den Gremien der FÖJ, sondern auch von der Führung der KPÖ in eindeutiger Weise verurteilt, aber: die KPÖ hatte und hat einen überdimensionierten Apparat (ca. 300 Parteiangestellte bei ca. 20 000 Mitgliedern, d. h. auf ca. 70 Mitglieder fällt ein angestellter Funktionär; von den 20 000 sind nur 5 000 bis 6 000 im Produktionsprozeß, mehr als die Hälfte aller Mitglieder sind älter als 60), dessen Bestehen weitgehend von der Unterstützung osteuropäischer Parteien abhängt - für Angehörige dieses Apparates, die in Wahrheit die ideologische Linie der Partei bestimmen, war und ist die "Freundschaft" zur KPdSU eine Messer- und Gabel-Frage; so besehen, konnte es nicht verwundern, daß sich innerhalb dieses Apparates bald eine Oppositionsgruppe gegen die eindeutigen Beschlüsse der Parteiführung breitmachte, die offen via ihr (vom Globus-Verlag unterstütztes) Organ "Neue Politik" die sogenannte "Antiparteigruppe" diffamierte und die versuchte, eine Umkehrung der Tatsachen den Funktionären und Mitgliedern der KPÖ glaubhaft zu machen. In erster Linie war von diesem sich anbahnenden Prozeß der "Normalisierung" die Jugendorganisation der Partei, die FÖJ, betroffen, die in der Frage des Einmarsches in die CSSR am weitesten vorgeprescht war.

Damit war der Bruch zwischen FÖJ und KPÖ perfekt (2). Die KPÖ gründete die Kommunistische Jugend Österreichs (KJÖ), wobei sie sich zur Gründung einer schmalen Schicht von Funktionären bediente, die auf Grund von verschiedenen Umständen, hauptsächlich finanzieller Natur, vom

Parteiapparat abhängig waren. Am 22.12.1969 fand dann die Trennung der FÖJ von der KPÖ insoferne eine Nachspiel, als bis dahin angestellte Funktionäre der FÖJ von seiten der KPÖ gekündigt wurden, während gleichzeitig in der "Volksstimme" ein empörter Bericht darüber erschien, daß in einer steirischen Glasfabrik Arbeiter ausgerechnet zwei Tage vor Weihnachten entlassen worden waren. Mit diesem letzten Akt von seiten der KPÖ-Führung war die FÖJ zum ersten Male seit 1945 wirklich unabhängig. Die dadurch gegebene völlig neuartige politische und materielle Situation war jedoch auf der Basis einer Jugendorganisation nicht zu lösen. Auch wurde die Entscheidung der Trennung von der KPÖ der damaligen Leitung der FÖJ eher aufgedrängt. Die politischen Differenzen zwischen FÖJ und KPÖ waren bei weitem nicht artikuliert, geschweige denn systematisiert. "Reformismus" und "Revisionismus" gingen quer durch die feindlichen Fronten, und es gab, "ideologisch" betrachtet, mehr objektiv Verbindendes, denn subjektiv Trennendes. Ein Indiz dafür ist wohl auch, daß die heute mit der FÖJ sympathisierenden und kooperierenden "älteren" KP-Dissidenten (Wiener Tagebuch, Teile der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion, die bei den AK-Wahlen 1974 unter der Bezeichnung "Gewerkschaftliche Einheit" im Gegensatz zum KPÖ - "Linksblock" kandidierten) zum Teil den endgültigen Bruch erst später als die FÖJ vollzogen haben (z.B. die in der VDS organisierten Sympathisanten der FÖJ), teils sich nach dem Bruch noch immer abwartend verhielten, teils Sympathisanten der von der FÖJ und den anderen eben erwähnten Gruppen repräsentierten Tendenz noch immer im KP-Apparat arbeiten dürften (dafür spricht, daß bei den AK-Wahlen 1974 die Gewerkschaftliche Einheit eine nicht unbeachtliche Anzahl von Stimmen im Globus-Verlag für sich verbuchen konnte). Insgesamt gesehen war der Prozeß der Trennung von der KPÖ ein von Ungleichzeitigkeiten gekennzeichnete Abbröckelungsprozeß ohne echte Koordinationsinstanz, wobei die Resignation und die politische Müdigkeit vieler altbewährter Kader die Kopf- und Konzeptlosigkeit dieses Abbröckelungsprozesses noch steigerte.

Trotzdem verdient in diesem Zusammenhang das Faktum festgehalten zu werden, daß die KPÖ im Zuge der Entwicklung der Neuen Linken in Wien beide Jugendorganisationen verloren hat, sowohl die FÖJ 1969 als auch die VDS bzw. MLS, nachdem es ihr vorerst scheinbar durch Einbeziehung von Aktivisten des heutigen KB gelungen war, die Organisation auf Linie zu bringen und die FÖJ-Sympathisanten auszuschließen (die SPÖ hat im Zuge dieser Prozesse nur den VSM verloren).

Die nach der Trennung weder politisch noch organisatorisch gefestigte FÖJ geriet sofort in das ideologische Sperrfeuer der VDS/MLS, vor allem auch deshalb, weil sich die KPÖ der Studentenorganisation zu diesem Zweck bediente. Außerdem erkannte der stalinistische Flügel in dieser Organisation, der sich später selbst von der KPÖ trennen sollte und gegenwärtig im KB samt angeschlossenen Organisationen formiert ist, sehr früh die Gefahr, die eine undogmatische, von jüngeren Arbeitern und Angestellten getragene, alle Spielarten des Reformismus und Revisionismus ablehnende Bewegung gerade für ihre Intentionen bedeuten mußte. Dieses Sperrfeuer hatte den Rückzug der FÖJ aus dem ihr traditionell ohnehin fremden Bereich der Hochschulpolitik zur Folge, ein Rückzug, der erst mit der Gründung einer Hochschulgruppe im Jahr 1974 beendet wurde. Der Rückzug unter dem Sperrfeuer der Stalinisten hatte jedenfalls auch einen Klärungsprozeß innerhalb der FÖJ zur Folge: In den Sommermonaten des Jahres 1970 wurde im Sommerlager der Organisation am Leufeldersee eine umfassende Arbeitstagung abgehalten, deren Ergebnisse in einer Mappe der Protokolle der gehaltenen Referate veröffentlicht wurden. Im Rahmen dieses Seminars wurde nicht nur die gesamte Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung ausführlich diskutiert (Referenten waren u. a. die ehemaligen ZK-Mitglieder der KPÖ Leopold Spira, Walter Fischer, Josef Meisel, Hella Altmann, Franz Marek und auch Josef Hindels), sondern auch die Fragen der revolutionären Praxis und der zukünftigen Perspektiven erörtert. Als sichtbares Ergebnis der Diskussion benannte sich die FÖJ in FÖJ - Bewegung für Sozialismus (FÖJ-BfS) um; Außerdem wurde bei dieser Arbeitstagung der Grundstein für eine programmatische Erklärung der Organisation ausgearbeitet. Dieses Grundsatzprogramm der FÖJ wurde in der Folge zweimal überarbeitet und bei der im März 1973 abgehaltenen 10. Bundeskonferenz der FÖJ nach kollektiver Diskussion endgültig beschlossen. Damit ist die FÖJ-BfS die einzige linke Gruppierung in Österreich, die von sich heraus (3) eine umfassende Programmatik entwickelt und vorgelegt hat, welche, von der Analyse der österreichischen Verhältnisse und Bedingungen ausgehend, eine Einschätzung der internationalen Situation und die Festlegung der nationalen Aufgaben und Ziele, der Strategie und Taktik des Klassenkampfes festzulegen versucht. Hervorstechendstes Merkmal dieser Programmatik ist die Ablehnung des Parteaufbaus unabhängig von dem Stand der Klassenkämpfe, d. h. die Ablehnung der zentralen Theorie, die im Zuge der "Leninisierung" der Studentenbewegung durch einen unreflektierten Regreß auf Lenins "Was tun?" Mode geworden ist.

Der FÖJ angeschlossen ist die Gruppe NAPALM (Neuer Arbeitskreis zur Politisierung von Arbeitern, Lehrlingen und Mittelschülern), ein Arbeits-

kreis, der sich hauptsächlich mit den Problemen von Jugendlichen in den Satellitenstädten Wiens (z. B. Großfeldsiedlung, aber auch in Simmering) beschäftigt und im Rahmen dieser Tätigkeit vehement für die Eröffnung von Jugendheimen in Selbstverwaltung der Betroffenen eintritt. Daneben hat die FÖJ eine eigene Hochschulgruppe, die sich 1974 mit einem Teach-in des Ökonomen Elmar Altvater an der Universität präsentierte. Außerdem ist die FÖJ die einzige Organisation der Linken in Österreich, die unter ihren Mitgliedern eine Reihe von Betriebsräten etc. aufweist, d. h. sie ist die einzige Organisation, die wenigstens auf eine marginale Verankerung in Betrieben verweisen kann. Weiters wird von der FÖJ die Wahlplattform "offensiv links" getragen, die anlässlich der Nationalratswahlen 1970 gegründet wurde und als Wahlplattform prinzipiell allen anderen Gruppen der Wiener Linken offensteht (wenn die diversen Gruppen der Linken auch von diesem Angebot nur in beschränktem Ausmaß Gebrauch gemacht haben, sei es aus ideologischen Gründen, sei es aus sonstigen Quereleien). Eng arbeitet die FÖJ mit der "Gewerkschaftliche Einheit", d. h. jener Gruppe von Gewerkschaftern, die die "Normalisierung" in der KP-Gewerkschaftsfraktion nicht mitzumachen bereit waren, die von der KP andauernd als "Spaltergruppe Kodicek" apostrophiert wird und die bei den AK-Wahlen 1974 immerhin (obwohl sie nur in Wien und in der Steiermark, dort ohne Aussicht auf einen größeren Erfolg, kandidierte) 3 382 Stimmen erhielt und damit auch einen Arbeiterkammerrat stellte.

An internationalen Kontakten verfügt die FÖJ über ein Naheverhältnis zum Sozialistischen Büro in der BRD, zu dessen Arbeitstagen jeweils Beobachter entsandt werden (4). Die Gründungsgenossen dieses Sozialistischen Büros kamen aus der Arbeiterjugend, den Gewerkschaften, dem SDS und der Kampagne für Frieden und Abrüstung (d. i. die Ostermarschbewegung in der BRD). Das Büro wurde 1969 gegründet, zu einem Zeitpunkt also, in dem sich drei politische Tendenzen deutlich abzeichneten: das Auseinanderfallen des antiautoritären Lagers in einem unvermeidlichen Desillusionierungsprozeß bei gleichzeitiger Neigung zur Gründung von Parteaufbauorganisationen; der Versuch der DKP als "einzige Partei der Arbeiterklasse" die Protestbewegung aufzufangen und die reformistische Wendung bedeutender Teile des antiautoritären Lagers durch die strategische Bindung an die SPD. In der BRD sind gegenwärtig lt. eigenen Angaben etwa 250 Gruppen in einem Naheverhältnis zum SB, welches die Zeitungen "links" und "express" herausgibt und ebenso wie die FÖJ die Bildung einer revolutionären Partei ablehnt, solange es keine fortgeschrittene Bewegung der Arbeiterklasse gibt (5).

-
- (1) Grundsätze der Politik der FÖJ - Bewegung für den Sozialismus, Wien, März 1973 - S.38.
 - (2) Von den 50 Bundesleitungsmitgliedern der FÖJ waren 40 gegen die Einbeziehung ihrer Organisation in den Prozeß der "Normalisierung".
 - (3) Von sich heraus ist deshalb bedeutungsvoll, weil die anderen Gruppen der Linken, wie z.B. die diversen Organisationen der trotzkistischen Tendenzen oder der KB nur vorhanden Programmatik (etwa vom KBW) adaptiert haben.
 - (4) Vgl. dazu: Arbeitstagung des Sozialistischen Büros (BRD), in: aspekte Nr. 56/Jänner 1974, S. 24.
 - (5) Den besten Überblick über die ideologische Entwicklung des SB in der BRD gibt das von dieser Organisation herausgegebene Fischer-Taschenbuch "Für eine neue sozialistische Linke - Analysen, Strategien, Modelle", welches den Entwicklungsprozeß des SB an Hand von Beiträgen aus "links" von der Gründung im Frühjahr 1969 bis Ende 1972 dokumentiert; Außerdem die vom SB selbst herausgegebenen Thesen "Ansatzpunkte sozialistischer Politik in der BRD".

offensiv links[★])

Es handelt sich hier um Berichte, die vom Leser handeln - denn er ist der Handelnde - oder er wird gehandelt wie ein Stück "objektive" Nachricht - im Betrieb und in der Ausbildung, in den Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung schafft er seinen eigenen Bericht - und davon handelt diese Zeitung.

Erscheint 10-12mal im Jahr, Abo öS 50,
DM 10.

Bestellungen an den Vertrieb in:
A-1040 Wien, Belvederegasse 10.

**★) In Zeiten der Sozialpartnerschaft:
...das Kleingedruckte lesen!**

HEINZ KOLISCH

LIEBIGASSE 8

43 32 21

1010 WIEN

BOOK POWER



